

Dieze Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,20 Mk. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 8482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: 50 Pf. für die 3 gelappt. Zeile. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postcheckkonto: Nr. 358 15 Postcheckamt Hannover.

Verlag von A. Brey.

Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Redaktionschluss: Freitag morgen 9 Uhr.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Lawrenz, Hannover.

Redaktion und Expedition:

Hannover, Nikolaistraße 7, II. — Fernsprech-Anschluss 5 22 81.

Die neuen Ehrenurkunden für unsere Verbandsjubilare.

Den Kollegen, die, unserem Verbands 25 Jahre lang die Treue gehalten haben, wurde bisher in einer feierlichen Versammlung ein Ehrendiplom überreicht, das in einer gedruckten Widmung bestand. Dieses Diplom mußte dann, um es in würdiger Weise aufbewahren zu können, mit Glas und Rahmen versehen werden. Diese Form der Ehrung unserer Jubilare hatte jahrelang allen Ansprüchen genügt. Es wurden aber schon vor einigen Jahren Wünsche laut, die eine andere, modernere, der gewaltig gestiegenen Bedeutung unseres Verbandes entsprechende Form der Ehrendiplome erstrebten. Obwohl die Berechtigung dieser Wünsche und Anregungen nicht zu bestreiten war, wurde es doch nicht ganz leicht, eine neue Form für diese Ehrenurkunden zu finden. Der Vorstand war jahrelang nach einem geeigneten Entwurf auf der Suche, lange Verhandlungen wurden gepflogen, bis sich etwas Gutes und die Mehrzahl unserer Anforderungen Befriedigendes fand. Man sagt ja oft: was lange währt, wird gut. So ist es auch mit unseren neuen Ehrenurkunden geworden. Das Ergebnis der langen Bemühungen und des langen Suchens (es wurde sogar ein Preiswettbewerb veranstaltet) ist der Nach und der Bedeutung unserer Organisation durchaus würdig, und es ist ganz zweifellos, daß die neuen Ehrenurkunden für unsere Verbandsjubilare auch den Empfängern eine Freude bereiten und sie mit Stolz erfüllen werden, nicht nur mit Stolz auf ihre lange Zugehörigkeit zu einer starken, achtunggebietenden Arbeitnehmerorganisation, sondern auch mit Stolz auf dieses neue Ehrendiplom selbst.

Zwei namhafte Firmen der einschlägigen Branchen sind um die äußere Gestaltung der Urkunden bemüht gewesen: Die äußere Hülle, eine Ledermappe, ist von der Firma H. Dehlich u. Co., Hannover, und die Einlage, also die Urkunde selbst, von der Anstalt für graphische Kunst G. Pierreher, Berlin-Karlshorst, geliefert worden.

Die schon bemerkt, besteht die neue Ehrenurkunde aus zwei Teilen, aus einer Ledermappe und einer Einlage, der eigentlichen Urkunde. Die Mappe ist aus weinrotem Vollleder mit Saffian-Farbe hergestellt. Auf der Deckseite befindet sich oben links das Zeichen unseres Verbandes, FZV., und in der Ecke unten rechts die Aufschrift "Ehren-Urkunde", beide in vertiefter Goldprägung. Die Innenseiten der Mappe sind mit goldgelbem Moiré überzogen und mit einer Seidenschur versehen, die zum Befestigen der Einlage dient. Die Urkunde selbst ist aus gehämmertem Halbkarton hergestellt. Die Grundfarbe ist rotgetönt, mit goldgelbweißer Umrandung. Auf der linken Seite sehen wir eine Fabrikanlage, in hellbraunen Tönen gehalten. Vor der Fabrikanlage stehen als Sinnbild der organisierten Fabrikarbeiter und -arbeiterinnen ein Arbeiter und eine Arbeiterin, in ihrer Größe die Fabrikanlagen überragend. Das soll andeuten, daß die organisierte Arbeiterschaft stärker ist als die Industrie und ihr nicht mehr hilflos gegenübersteht. Unter diesem Bilde beginnt die in Steindruck hergestellte Aufschrift, die sich oben rechts fortsetzt und folgenden Wortlaut hat:

Der Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands entbietet seinem Mitgliede anlässlich seiner fünfundsingzigjährigen Verbandzugehörigkeit Anerkennung und Glückwünsche.

Überreicht am Der Verbandsvorstand. (Unterschrift des Kollegen Brey.)

Die Inschrift ist in Antiquaschriftart und in dunkelbrauner Farbe gehalten. Der Name des Jubilars soll sich aber etwas von dem übrigen Text abheben und wird daher durch rotbraune Buchstaben dargestellt. Die Inschrift, die mit goldenen Lorbeerblättern stilvoll verziert ist, hebt sich mit monumentaler Eindringlichkeit von dem rotgetönten Untergrunde ab. Die Größe der Mappen, zu der die Urkundeneinlage selbstverständlich in richtigem Verhältnis steht, ist 21,5x30 Zentimeter.

Es ist ein schönes Werk von den beauftragten Künstlern geschaffen worden. Die Jubiläums-Mappen mit der Urkundeneinlage machen einen durchaus vornehmen, würdigen Eindruck, entsprechen ihrer Bestimmung jedenfalls viel mehr als die früheren Ehrenurkunden unter Glas und Rahmen. So repräsentieren unsere neuen Ehrenurkunden in den Händen unserer getreuen Mitkämpfer schon an sich die Bedeutung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands, und die Massenansforderungen solcher Diplome sind ein unwiderleglicher Beweis für die innere Festigkeit und die organisatorische Stärke unseres Verbandes.

Ausgaben für Bildungszwecke bei höherem und niedrigerem Einkommen.

In den besseren Kreisen wird einem Arbeiter nicht oft das Prädikat "ein gebildeter Mensch" zuerkannt. Damit soll gesagt werden, daß meist die bemitteltesten Volksschichten das

Bildungsmonopol für sich in Anspruch nehmen und so selber zugeben, daß es dem Arbeiter nur deshalb unmöglich ist, sich eine bessere "Bildung" anzueignen, weil es ihm an den nötigen Mitteln fehlt. Das wußten wir allerdings schon lange, daß die geistigen Fähigkeiten der dem Arbeiterstande Angehörigen sich mit denen der Angehörigen des Bürgerturns durchaus messen können, wenn sie nicht noch darüber hinausgehen. Die Arbeiter müssen sich aber eine über den gewöhnlichen Durchschnitt hinausgehende Bildung unter viel größeren Opfern aneignen, als es den finanziell besser gestellten Kreisen möglich ist, und es ist eine erwiesene Tatsache, daß die Arbeiter diese oft recht schweren Opfer durchaus nicht scheuen. Dafür sind die vom Statistischen Landesamt Hamburg angestellten Untersuchungen über die Lebenshaltung der minderbemittelten Familien ein neuer Beweis, der durch die folgenden statistischen Angaben erhärtet wird. Welche finanziellen Mittel die einzelnen Einkommensklassen für Schule und Bücher aufwandten, soll nachstehende Zusammenstellung

Wir wissen - - -

Wir wissen: einmal endet alle Not,
Das Werk wird uns erfreuen und befeelen
Und springt nicht mehr nach unsern Rehlen
Und mischt verdammtes Gift ins trockne Brod.
Denn werden singend die Maschinen und Motoren
In jedem Radschwung schwingen wir um die erstöte
Erde,
Daß sie noch strahlender, noch heimlicher werde,
Daß alle Menschen Freunde, Brüder heißen,
Schlag zu, o Hammer in der Arbeitsschlacht,
Schlag zu, o Hammer, daß die Knechtschaft kracht.
Max Barthel.

zeigen. Auf 100 Mark der Gesamtausgabe entfallen bei einem Einkommen:

	für Schule	für Bücher
unter 2500 Mk.	0,08	3,88
2501 bis 3000 Mk.	0,27	4,15
3001 bis 3500 Mk.	0,62	4,05
3501 bis 4000 Mk.	0,62	3,33
4001 bis 4500 Mk.	1,12	3,57
5001 bis 6000 Mk.	1,43	3,33
6001 bis 7000 Mk.	1,51	2,59
über 7000 Mk.	2,27	2,84

Die geringen Ausgaben der niedrigen Einkommensschichten für Schulzwecke erklären sich daraus, daß die Kinder der armen Leuten meistens die Volksschule besuchen, die Kinder der bessergestellten Schichten jedoch meistens in die höheren Schulen geschickt wurden. Interessant ist aber die Angabe für Bücher. Hier zeigt sich, daß auch der Armere die geistige Kost nicht zu entbehren vermag. Der Wissensdurst der gering Entlohnnten geht über den der höher Bezahlten im Durchschnitt noch hinaus. Ein Beweis dafür, daß das Streben nach Wissen und geistiger Vervollkommnung auch bei den untersten Schichten lebendig ist und sich so stark äußert, daß zur Befriedigung des Bildungstriebes erheblich höhere Opfer gebracht werden als in den Kreisen mit verhältnismäßig hohem Einkommen. Die geistige Regsamkeit der Arbeiterklasse berechtigt zu den Forderungen nach mehr Mitbestimmung in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft.

Bericht des Gau 4 über das Jahr 1928.

Wenn unser Gau im Jahre 1928 eine weitere Zunahme von 1415 Mitgliedern aufzuweisen hat, so ist diese Zunahme, gemessen an den wirtschaftlichen Verhältnissen in unserem Gau, schon beachtenswert. Wohl in keinem Bezirk ist die Industrie so zurückgegangen, wie bei uns.

Im Jahre 1928 sind wieder zwei für uns zuständige Betriebe eingegangen, wodurch 300 bis 400 Arbeiterinnen und Arbeiter arbeitslos wurden. Zwei Zündholzfabriken sind durch den Konzern stillgelegt, und neue für uns zuständige Industrie siedelt sich in unserem Bezirk nicht an, weil die Frachten für Roh- und Fertigstoffe so außerordentlich hoch sind.

Die übrige Industrie liegt verteilt in Kleinstädten oder auf dem Lande; das ist in der Hauptsache die keramische Industrie. In ihr liegt also unser Hauptarbeitsgebiet. Um diese Arbeiterinnen und Arbeiter für den Verband zu gewinnen, wurden für Pommern und Mecklenburg je ein Ziegelläufer zur Agitation eingestell. Diese Kollegen haben erfolgreich gearbeitet.

Im Jahre 1927 machten die Gelben uns bei der Agitation in der Zementindustrie Schwierigkeiten. Im letzten Jahre versuchte das auch der Stahlhelm. Diese Vereinigung wird besonders von den Unternehmern der Ziegelindustrie gefördert. In den Orten Dagerow, Lauenburg usw. wurden unsere Kollegen, die bisher in der Ziegelindustrie beschäftigt waren, zum größten Teil nicht wieder

eingestellt. Dafür wurden Leute vom Lande geholt, die noch nie in der Ziegelindustrie gearbeitet haben, dafür aber dem Stahlhelm angehören. Dasselbe trifft für die Zementindustrie in Lebbin und Wolgast zu. Stahlhelmer aus den Orten Lebbin, Swinemünde usw. wurden sogar als Arbeiter nach Berlin vermittelt. Als uns diese Vermittlungen bekannt wurden, haben wir sie an die zuständigen Behörden gemeldet.

Unter solchen Umständen ist die Agitation sehr schwierig. Trotzdem hätte in mancher größeren Zahlstelle mehr geleistet werden können. Viele Kolleginnen und Kollegen haben ihre freie Zeit der Kleinarbeit des Verbandes geopfert, aber der größte Teil steht immer noch im Hintergrund. — Den Kolleginnen und Kollegen, die bei der Agitation mitgeholfen, die keine Mühe und Zeit gescheut haben, sei an dieser Stelle gedankt. Wir rechnen auf ihre Mithilfe auch für die kommende Zeit.

Der Markenumsatz ist von 787 018 auf 889 839 Stück gestiegen, das ist eine Zunahme um 102 821 Stück. Die Beitragsleistung ist von 46,2 auf 49,2 pro Kopf im Jahre 1928 gestiegen. Dennoch mußte der Markenumsatz in den einzelnen Zahlstellen ein weit besserer sein. Entweder werden in den einzelnen Zahlstellen noch zuviel Papier Soldaten geführt oder die Hilfskassierer kassieren nicht so, wie es eigentlich sein sollte. Es muß Aufgabe der Verwaltungen sein, dafür zu sorgen, daß in ihren Zahlstellen eine geordnete Mitgliederliste und eine gesunde Beitragsleistung durchgeführt wird.

Andere Lohnbewegungen brachten im Durchschnitt 6 bis 7 Pf. in allen Industrien. In der Papier-, Chemie-, Gl., Seife- und Ziegelindustrie Mecklenburgs und für den Fünf-Städtevertrag in Mecklenburg ließen sich neue Lohnhöbungen fast reibungslos durchsetzen. In der Zuckerindustrie sah es anders aus. Der Bezirkslohnvertrag in Mecklenburg war der Vertrag, der in Deutschland zuerst gekündigt werden mußte. Die Arbeitgeber der Zuckerindustrie wollten schon im Jahre 1928 von einem Lohnaufbau nichts wissen, und so kam es auch in keiner Tarifinstanz zu einer Einigung. Der von uns angerufene amtliche Schlichtungsausschuß zu Schwerin brachte uns ein ungenügendes Zugeständnis, darum mußten wir diesen Spruch ablehnen. Die weiteren Verhandlungen vor dem Schlichter, Herrn Dr. Stenzel in Hamburg, führten zu weiteren Zugeständnissen. Ähnlichen Verlauf nahmen die Verhandlungen in der Zuckerindustrie Pommerns.

In der keramischen Industrie Pommerns wurden die Lohnbewegungen von einer allgemeinen Mattigkeit auf dem Baucmarkt stark beeinflusst. Trotzdem gelang es uns, unter Mitwirkung des Vorsitzenden, Herrn Landgerichtsrat Kluge vom Schlichtungsausschuß Köslin, einen Rahmungsvertrag für die ostpommersche Ziegelindustrie zustande zu bringen, der die Arbeitszeit, Ferien usw. regelt. Trotzdem sämtliche anwesenden Ziegeleibesitzer diesem Vertrag zustimmten, mußten wir die Verbindlichkeit beantragen. Die Verbindlichkeit war notwendig; denn es fanden sich bald einige Unternehmer, die glaubten, die einzelnen Bestimmungen des Rahmungsvertrages anders auslegen zu können. — Ebenso schwierig waren die Verhandlungen für den Tarifvertrag mit den Ackerländer Ziegeleibesitzern. Viele Hoffnungen unserer Kolleginnen und Kollegen sind beim Abschluss der Lohnbewegung nicht erfüllt worden. Diese Enttäuschung ist darauf zurückzuführen, daß jene Kolleginnen und Kollegen vergessen, daß wir über die Festschließung der Löhne nicht allein zu entscheiden haben.

Im Frühjahr 1928 hatten die Vertreter der Fisch- und Konservenindustrie von der Regierung Mecklenburg-Schwerin eine Veränderung der Arbeitszeit für ihre Industrie verlangt. Die genannte Regierung hatte zu dem Zweck die Arbeitgeber und Vertreter unserer Organisation zu einer gemeinsamen Aussprache geladen. Der Vertreter der Arbeitgeber, Herr Stahmer (Altona), versuchte mit allen Mitteln der Regierung begreiflich zu machen, daß eine wesentliche Verlängerung der Arbeitszeit für ihre Industrie bewilligt werden müßte. Wir traten dem entgegen. Die Regierungsvertreter gaben den Herren Arbeitgebern den guten Rat, mit unserer Organisation einen Tarifvertrag abzuschließen, um so die Arbeitszeit zu regeln. Die Herren versprachen es. Bei dem Versprechen ist es geblieben.

Einen Teil der Arbeitgeber in der Ziegelindustrie mußten wir wegen Überletzung der Arbeitszeitverordnung anzeigen; ebenso die Direktoren der Zementfabriken Lebbin und Wolgast. Zwei Direktoren wurden in zwei Instanzen freigesprochen, weil sie angeblich in gutem Glauben gehandelt haben.

Ungewöhnliche Arbeit erwacht uns aus der Übernahme von Klagen vor den Arbeits- und Landesarbeitsgerichten. Die Ziegeleibesitzer aus den Orten Ackerwünde, Dagerow und Lauenburg gaben uns ständig Veranlassung, vor den genannten Gerichten tätig sein zu müssen. Damit wollen wir nicht sagen, daß alle anderen Unternehmer in unserem Bezirk tariftreuer wären. Es gibt noch genug Widerpenstige. Der fanatische Haß gegen die Gewerkschaften macht diese Leute blind.

Im allgemeinen arbeiten unsere Arbeitsgerichte objektiv, d. h. sie bemühen sich eifrig, durch Vergleich die Angelegenheiten aus der Welt zu schaffen.

Ebenso brachte uns das Gesetz für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung viel Arbeit. In diesem Gesetz heißt es, daß alle Beschwerden der Versicherten so schnell wie möglich erledigt werden sollen. — Bekanntlich sind die 2. und 3. Instanz des Gesetzes, wie Spruchkammer und Spruchsenat, von diesem Gesetz getrennt und dafür dem Oberversicherungs- resp. Reichsversicherungsamt angegliedert. Mit welcher Schnelligkeit diese arbeiten, beweist ein Fall, der fünf Monate zu seiner Erledigung brauchte. Dieser Fall steht nicht einzig da, und auch nicht nur in unserem Bezirk liegt das so. — Im Interesse der Arbeitslosen ist es die höchste Zeit, die 2. und 3. Instanz dem Gesetz für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung anzugliedern.

Die Kassenevisionen, welche von uns im letzten Jahre ohne vorherige Anmeldung vorgenommen wurden, ergaben im allgemeinen ein günstigeres Bild als in den vorhergehenden Jahren.

Aus dem im Jahrbuch 1928 angeführten Material über den Augenblick werden unsere Kollegen ersehen, daß wir im Jahre 1928 alles taten, was in unseren Kräften stand. Wenn dabei nicht allen Wünschen Rechnung getragen worden ist, so liegt das einzig und allein daran, daß auch uns bei unserer Tätigkeit nach dieser und jener Richtung hin Grenzen gesteckt sind. Die Versicherung abzugeben, daß wir in den kommenden Jahren alles tun wollen, um die Kollegenschaft zufriedenzustellen, ist nicht notwendig; denn das ist selbstverständlich. Wir rechnen aber auch mit der ferneren Unterstützung jener Kollegen, die im Jahre 1928 ihre Person dem Verband zur Verfügung gestellt haben, und hoffen, daß sich immer neue Kräfte zum weiteren Ausbau unserer Organisation im Gau 4 finden werden.

Eine internationale Gesundheitskonferenz

Tagte vom 3. bis 6. April in Lyon, an der hervorragende Spezialärzte und Vertreter der interessierten Arbeiterorganisationen teilnahmen. Die Regierungen fast aller europäischen Staaten hatten Vertreter entsandt. Zwei Punkte beschäftigten in hervorragendem Maße die Konferenz:

1. Staublungenerkrankung und ihre Verhütung.
2. Starkerkrankung.

In Hand von Lichtbildern zeigten die Gelehrten die Entstehung und Entwicklung der Krankheiten und legten dar, welche Schutzmaßnahmen zu deren Verhütung getroffen werden können. Zur Staublungenerkrankung fand die nachstehende Resolution einstimmige Annahme:

Die 4. Konferenz der Kommission für Arbeiterschutz spricht bei ihrer Zusammenkunft vom 3. bis 6. April 1929 in Lyon den Wunsch aus, daß der Frage der Silikose und der Staublungenerkrankung in besonderer eingehende Beachtung zu widmen ist. Alle Nationen, die bisher über ausreichende Erhebungen verfügen, wollen ihre Maßnahmen weiter treffen und anderen Völkern nutzbar machen. Das Ziel dürfte nur durch die Zusammenarbeit der Behörden, der Hochschulforschung und auch der Verbände der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu erreichen sein.

Die Referate zu diesem Punkt hielten Prof. Boehme aus Deutschland und Prof. Sternberg aus Österreich. Dr. Boehme hat in Deutschland, besonders im Ruhrgebiet, eine große Zahl Bergarbeiter untersucht. Die Staubluft wirkt auf die Lungen sehr ungünstig ein. Verhältnismäßig groß sind die Starkerkrankungen bei den Porzellanarbeitern. Die Röntgenuntersuchung hält der Vortragende für die Porzellanarbeiter und aller in staubiger Luft Beschäftigten für überaus notwendig. Durch gesunde Arbeitsräume und Zuführung guter und besonders frischer Luft sollen die Gefahren auf ein geringes Maß zurückgeführt werden. Bekanntlich haben bereits einige Länder die Lungentuberkulose als Berufskrankheit anerkannt. Es ist deshalb zu begrüßen, daß der Kongress für die an der Staublungenerkrankung leidenden Arbeiter, die in ihrer Berufstätigkeit gehemmt sind, eine Unterstützung für alle Länder vorschlägt.

Den 2. Punkt der Tagesordnung behandelten Prof. Dr. Anton Elschig aus Prag und Prof. Dr. Rollet aus Frankreich. Prof. Dr. Elschig führte aus: Als Berufskrankung sind jene Linsentrübungen zu bezeichnen, welche sich direkt oder indirekt als Folge von mit dem Berufe verbundenen Schädlichkeiten entwickeln. Bis jetzt ist eigentlich die Starbildung fast ausschließlich bei den Feuerarbeitern, die ständig an geschmolzenen oder weißglühenden Metallen oder am Glasbläserfars arbeiten, beobachtet worden. Die Berichte über Augenschädigungen der Feuerarbeiter reichen bis zum Jahre 1700 zurück. In Hand einer Reihe Lichtbilder zeigte Prof. Elschig die Entwicklung des grauen Stars und empfahl als Schutzmittel das Tragen von Schutzbrillen und die Schaffung von Schutzvorrichtungen vor dem Glasfars. Redner stellt fest, daß die Zahl der Altersstare bei Feuerarbeitern noch eine bedeutende ist, daß aber nicht mit Bestimmtheit festgestellt werden kann, ob die Starkerkrankungen bei älteren Arbeitern eine Folge des Alters sind oder ob es sich um direkten Feuerfars handelt. Im Jahre 1921 hat sich die in England zum Studium des Glasbläserfars eingesetzte Kommission dahin ausgesprochen, daß die ultravioletten Strahlen als Ursache des Glasbläserfars anzusehen seien, es sei aber unklar, ob durch direkte Einwirkung oder indirekte Schädigung infolge unzureichender Ernährung. Der Vortragende bespricht dann die Untersuchungen der Starkerkrankungen von über 40 Anforstern auf dem Gebiet der Augenheilkunde und kommt zu dem Schluß, daß die geschädigten Arbeiter in irgendeiner Form entschädigt werden müssen. Prof. Rollet sagte, daß die Krankheit erst nach zehn- oder zwanzigjähriger Tätigkeit besonders bei den Glasbläsern zu beobachten ist. Das Vorhandensein von großen, die Luft vor dem Ofen hinwegfegenden elektrischen Ventilatoren sowie geschickte technische Verbesserungen der Anlagen haben die Häufigkeit des Stars herabgesetzt. Die technische Entwicklung, die uns das mechanische Blasverfahren brachte, dürfte eine Verminderung der an Star erkrankten Glasbläser bringen. Prof. Rollet hofft, daß der Glasbläserfars bald der Vergangenheit angehören wird.

Der Kongress nahm am Schluß dieses Tagesordnungspunktes folgende Entschließung an:

In der Erwägung, daß es Fälle von Star bewirkten Ursprungs gibt, die sich vom Star aus anderen Ursachen unter-

scheiden lassen, spricht die Konferenz den Wunsch aus, daß diese Schädigungen, soweit sie erkannt werden, Gegenstand einer Entschädigung sein sollen.

Die Konferenz wünscht, daß die Erforschung der Ursachen dieser Starkerkrankungen in allen Gewerben, in denen die Arbeiter der Erkrankung ausgesetzt zu sein scheinen, fortgesetzt wird und verlangt die Anwendung von Verhütungsmaßnahmen.

An den weiteren Tagen wurden die Krankheiten durch Vergiftungen besprochen. Drei Professoren behandelten in ihren Referaten die Erscheinungen, die zur Vergiftung der Arbeiter führen und verlangten, daß Maßnahmen zum Schutze der Arbeiter getroffen werden. (Ein Bericht hierüber wäre dem „Proletarier“ erwünscht gewesen. Die Red.)

Emil Wirbig

Kein

Tag vergeht, ohne daß die Zeitungen von neuen Zusammenschlüssen der Unternehmer berichten. In immer schärferer Konzentration suchen die Industriellen ihre Macht zu stärken und ihren Einfluß auf die Wirtschaft und auf den Staat zu vermehren. Lasse auch du keinen

Tag

vorübergehen, ohne etwas für die Stärkung deiner Organisation getan zu haben. Dem in Kartellen, Trusten und Syndikaten zusammengeschlossenen Unternehmertum kann nur eine ebenso straff organisierte Arbeiterschaft entgegentreten. Die gegenwärtigen Lohnbewegungen zeigen es auch dem einfältigsten Arbeiter, daß es

ohne

eine starke Organisation nicht möglich ist, seine Lebenshaltung zu verbessern und höhere Löhne, Arbeitszeitverkürzung - Arbeiterchutz durchzusetzen. Denke daran, wenn du einem Unorganisierten gegenübertrittst, suche ihn deinem Verbands zuzuführen, benutze jede Gelegenheit zur

Agitation!

Überkapitalisierung und Rentabilität.

Die Überkapitalisierung, die in der Bemessung eines allzu hohen Aktienkapitals besteht, erfolgte sehr häufig bei der Umstellung auf Goldbilanzen nach der Stabilisierung, als die Unternehmungen die zukünftige Rentabilität nicht überblicken konnten. Eine nachträgliche Zusammenlegung des zu hohen Aktienkapitals ist aber nur allzähäufig unterblieben. Gerade so entstand Überkapitalisierung durch Aufblähung des Aktienkapitals dank übermäßiger Gründeranteile, kofspieliger Quotenkäufe, neueren Aufkaufs von Unternehmungen oder durch Kapitalverwässerung mit billigen Bezugsrechten. So finden wir z. B. in der Kaliindustrie bei den einzelnen Kalitritten ein stark aufgeblähtes Aktienkapital. Um die üblichen hohen Dividenden auf das ver-

wässerte Aktienkapital zu verteilen, braucht die Kaliindustrie viel größere Erträge, als wenn das Kapital richtig bemessen worden wäre. Der preußische Landwirtschaftsminister forderte kürzlich im Interesse der Landwirtschaft die Herabsetzung der Preise für Kali, eine Zumutung, die von der Kaliindustrie mit Entrüstung zurückgewiesen wurde. Spielt zwar bei dieser Ablehnung das gewöhnliche Profitstreben und auch der Wunsch, für den Zweck des Eindringens in die heimische Industrie große Fonds zu sammeln, eine wichtige Rolle, so wird zweifellos die Herabsetzung des Kalipreises auch durch das aufgeblähte Aktienkapital gehindert. Die Folgen der Überkapitalisierung haben wir in der letzten Zeit auch bei der Sanierung der sächsischen Maschinenfabrik Hartmann gesehen, wo eine scharfe Zusammenlegung des Aktienkapitals von 6:1, die mit einer starken Schädigung der Aktionäre verbunden war und deren heftigen Widerstand hervorrief, vornehmlich aus dem Grunde erfolgen mußte, weil das Aktienkapital bei der Goldumstellung übermäßig hoch angelegt wurde. Das Vorkriegskapital der Gesellschaft betrug 12 Millionen Mark, während bei der Goldumstellung, trotz nicht günstiger Veränderungen im Aufbau und den Abfahmöglichkeiten des Unternehmens, das Aktienkapital auf mehr als 18 Millionen festgesetzt wurde und die Gesellschaft sich erst jetzt zu einer Zusammenlegung des Aktienkapitals entschließen konnte.

Die Beispiele für die schädlichen Folgen der Überkapitalisierung können ohne Schwierigkeiten vermehrt werden. In der Zeitschrift „Der deutsche Volkswirt“ wird nun einem Teil der sozialistischen Presse zum Vorwurf gemacht, daß diese für die mangelnde Rentabilität einzelner Industrien oder Unternehmungen deren Überkapitalisierung verantwortlich machen wolle. Wie ist nun der Zusammenhang zwischen Überkapitalisierung und Rentabilität? Niemand wird sagen, daß an der mangelnden Rentabilität einzelner Unternehmungen allein die Überkapitalisierung schuld sei. Ein Unternehmen kann unrentabel sein, wenn ihm der Absatz fehlt, wie es z. B. heute in der Lokomotivindustrie, im Waggonbau, in der Textilindustrie der Fall ist. Auch kann ein schlecht geleitetes und nicht richtig organisiertes Unternehmen die Lohn-, Zins- und Steuerkosten nicht herauswirtschaften. Diese und noch viele andere Gründe können die mangelnde Rentabilität verursachen. Ebenso klar ist es aber, daß unter den Gründen der mangelnden Rentabilität auch die Überkapitalisierung eine wichtige Rolle spielen kann. Die gewundene Beweisführung im „Deutschen Volkswirt“ kann darüber nicht hinwegtäuschen, daß ein Aktienkapital von z. B. 50 Millionen leichter verzinst werden kann als ein verwässertes Kapital von 100 Millionen, und daß eine fünfprozentige Dividende auf das verwässerte Kapital von 100 Millionen bei einem Aktienkapital von nur 50 Millionen eine zehnprozentige Dividende geben würde. Da die Aktionäre auf eine Dividende Anspruch erheben und diese, wenn auch infolge der Selbstfinanzierung in stark vermindertem Umfang, auch erhalten, so muß man mit diesem Anspruch als einem Rentabilitätsfaktor rechnen. Niemand wird die Aktionäre und die öffentliche Meinung daran hindern, ein Unternehmen als unrentabel zu bezeichnen, das auf die Dauer nicht in der Lage ist, eine Mindestdividende an seine Aktionäre zu verteilen. Sofern sich aber diese Unfähigkeit auf die Überkapitalisierung zurückführen läßt, liegt darin in der Tat ein wichtiges Moment für die mangelnde Rentabilität.

Der Ehereformer.

Der Hochkapler Theobald Pinotti kletterte verhiert ob der höchsten Kommandant aus dem Abteil erster Klasse und wollte sich langsam gegen den breiten Querbahnsitz zu bewegen, als eine Abordnung würdiger, vornehmer Herren auf ihn zutrat und freudig und stolz ihm die Hände schüttelte.

Bevor der vorzügliche Mann, dessen Steckbrief noch in mehreren Zeitungen im Umlauf war, mühsam nach seinem Revolver in der hintersten Tasche greifen konnte, sprach der Würdigste der Abordnung bereits flüchtig auf ihn ein:

„Berühmter Meister!“ hörte der Hochkapler ihn sagen, „gestatten Sie, daß wir Sie in dieser Stadt herzlich willkommen heißen.“

Da eine betätigt freundliche Anrede bei kriminellen Empfindungen im allgemeinen nicht üblich ist, nickte Theobald Pinotti vorläufig halbhoft mit dem Zylinder, und beschloß, da es sich zu einer Verwechslung zu handeln schien, von seiner Schußwaffe vorerst keinen Gebrauch zu machen.

„Berühmter Meister! Es ist uns eine hohe Ehre, daß Sie, die Herr Sie auf dem Gebiet des modernen Eherechts, in anderen Ländern zu dem Bereich Ihrer beglückenden Theorien sprechen wollen und daß Sie unseren Völkern so freundlich nachkommen. Unsere Stadt wird Ihnen diese Aufmerksamkeit durch ein ausserordentliches Haus danken, woraus Sie gleichzeitige Schlüssen können, welchen Umfang die Bewegung der modernen Ehereform hier bereits angenommen hat.“

Bei diesen freundlichen, wiederholenden Worten wuchs das geschäftliche Interesse Pinottis ganz erheblich. Seine leichtfertigen, liegenden Gefühle stießen unabweislich diesem aussergewöhnlichen Haus und seiner einseitigen Einwirkung zu. Die Natur des Hochkaplers redete schon mit gemütsverändernden Möglichkeiten.

Geschwätzt nickte er daher nochmals mit dem Zylinder, warf ein paar Worte von der Gleichberechtigung der Geschlechter, von ungetriebener und freier Liebe, und konnte beobachten, wie die Herren der „Anschlagsbehörde“ vor Freude aufschwanden, während er in ihrer Mitte durch den Vorhof schritt und hinaus in den hellen Tag trat.

Der Schatzmann an der Ecke grüßte respektvoll. Auf der Hauptstraße blühten ihm lieblich die von der modernen Ehereform ergriffenen Damen an, und die ihn aufsehend erkennenden Beschäftigten an den jungen Mädchen nach ihm und seiner blauenweissen Krawatte.

In einer Passagierkabine sah er hinter weichen leuchtender Überkantung des Bild des bekannten Ehereformers Dr. Herbert Breitenbach, das mit ihm fast täglich eine verblüffende Ähnlichkeit hatte. Pinotti wagte nichts, unter welchem Namen er seine Schritte gab, die er aus begründeten Gründen möglichst abzukürzen versuchte. Mit reger Interesse kam er daher wieder auf das ausserordentliche Haus zurück.

„Ja, ja“, bestätigte ihm ein kleiner runder Herr, der sich als Kommissar Schulte vorstellte. Seit gestern morgen ausserordentlich hohe Abgabe verleiht ein Ringensmann von über 300 Mark, die Ihnen in meinem Bureau zur Verfügung stehen.“ Schulte lächelte geschäftlich und gewann damit alle Gunst.

Theobald Pinotti lenkte alsbald unter einem wichtigen Vorwand seine Schritte nach dem Bureau des Kommissars, wo er in der Haltung die Reue von über 300 Mark eintrug.

Mit der Angabe einer dringenden Verpflichtung verabschiedete er sich daraufhin von der in Demut schwimmenden Abordnung und vertrat, sich am Abend zeitig einzufinden.

Kam eine Stunde später erhielt der Kaufmann zwei Telegramme. Auf dem ersten stand: „Hebe infolge Geleisbruch Anschluß verfallen, komme später. Herbert Breitenbach.“ Das zweite enthielt nur einige verräthete Worte, die vorläufig nicht entziffert werden konnten: „Für freundlichen Empfang herzlichen Dank. Theobald Pinotti.“

Man erzählt, die Ehereformbewegung in jenen Mauern sei seit diesem traurigen Abend bedeutend zurückgegangen.

Willi Wagner-Stürmer.

Der giftige Tod.

Von Heinrich Bräm.

Rauchende Trümmer einer großen Dittschaff. In einem halbverschütteten Kellergefäß sitzen Jünglinge und Männer im Soldatenkleide. Eine trübe Stillatmosphäre steigt auf einem Steinboden. Daneben liegt ein umgestülpter Wäschzuber, auf dessen Bodenfläche ein Soldat schreibt. Verschnagtes, blinziges Papier liegt darauf. Mit einem Holzchen in einer Mauerfuge befestigt hängt ein Armeebefehl. Darauf steht geschrieben: Morgen mit Tagesgraben beginnt die Entscheidungsschlacht. Sie wird euch Unsterblichkeit, dem Feinde ewige Schmach bringen. Keiner schone zurück! Vorwärts zum Siege!

Schmelzende Stille. Nur ab und zu kratzt die Feder. Nach einer gewissen Zeit häutet sich der Schreibende zum Boden hinab und ergrüßt ein Häufchen Staub, mit dem er die nassen Schriftzüge trocknet. „Dea Meinigen habe ich geschrieben. Will einer von euch die Feder?“

„Sei so gut und schreibe du für mich an meinen Vater“, bittet ihn einer der Kameraden. „Berichte ihm, daß ich bisher in allen Gefechten gesund und heil geblieben sei. Er möge sich nicht ärgern. Das Amulett, das ihn im früheren Kriege behütete, bewahre aufbewahrt auch mir seine Kraft.“

Er wird durch eine todtnähe Stimme aus dem Hintergrunde unterbrochen: „Das Licht, das Licht!“ Dort liegt auf schmuckigen Lampen ein ganz junger Soldat. Schnell wird die Laterne in seine Nähe gehalten. Weicher als die gesuchte Wand ist des Verwundeten Anblick. In zitternden Händen hält er eine Photographie. Als das Licht sie erhellt, bricht aus den feuernden Augen ein Freudenruf: „O meine Mutter - o meine Mutter!“

Nach einer Pause: „Wie viel Leid habe ich dir zugefügt, du aber warst immer so lieb mit mir. Nun bereite ich dir den größten Schmerz, ich gebe von dir, O Mutter, gib mir deine Hand, - gib mir deine Hand! Kein, ich will nicht von dir gehen!“ schreit er röhrend an, „ich will ja bei dir bleiben! Helft mir, ich verfinke! Ach, wie das Feuer brennt! Helft!“ - Ein dunkles Wächlein riefet unter den Lampen hervor und verwickelt im Rote des Tages.

„Er war der letzte von drei Brüdern“, sagt nach einer Weile eine einsönige Stimme. „Alle sind sie in feigen Gefechten gefallen.“ Carassius steigt nun im Tonfall.

nicht dieses sucht er, sondern ein dünnes, hirschedernes Säckchen zieht er heraus. Eine goldene Locke ringelt darin. Schwacher Weichgeruch entströmt ihr. „Ob du wohl in diesem Augenblick auch meiner gedenkst, mein Schatz? - Maiden war's am Sonnentag, als ich dir die Locke stahl und säße Käse dazu... Schöner als die wilden Rosen bist du... Jetzt - einen Kuß von dir... dich im Arme halten zu können... Jetzt trägt der Apfelbaum an der Halde, wo ich dich erwartete, rotbackige Früchte und das Säuschen daneben ist von rotblättrigen, wilden Wein überzogen... Gerade so ein Häuschen möchte ich mit dir bewohnen, mit solch einem blauen Schlafzimmer - wenn wir beieinander sein werden“ - sagtest du. - Wenn wir beieinander sein werden... Wenn nur erst der morgige Tag...“

Ein härtiger Soldat schreibt unterdessen. Er wiederholt die Sätze stets mündlich: „Meine liebe Frau, wie geht es dir und den Kindern? Nun sind wir schon lange, lange Monate im Felde. Hoffentlich läßt euch der Staat keinen Mangel leiden... Jetzt wird unser Jüngstes bald gehen lernen. Was gäbe ich darum, wenn ich zusehen könnte, wie es auf seinen Strampelbeinchen die ersten Schritte ausführt. Immer bin ich bei euch. Es heißt, daß nach der großen Schlacht die älteren Jahrgänge auf Urlaub gehen dürfen. Tag und Nacht will ich eilen, um so schnell und so lange als möglich bei euch sein zu können...“

„Gib mir die Feder, ich will wieder einmal meinem Freunde berichten.“ Ein blutjunger Streiter sagt die Worte:

„Mein Freund! Tief im Feindeslande stecken wir. Morgen fällt die Entscheidung. Kein Pardon wird gegeben. „Schonst sie nicht, eure Todfeinde“, sagte der Feldprediger zum Regiment. Wie schade, daß du nicht dabei sein kannst! Denke, die Ehre, unser Regiment wird das erste sein, das in die feindlichen Stellungen einbricht. In meinen vier Auszeichnungen will ich mit morgen die fünfte holen. Geben wird jedem von uns noch eine Nation Brantwein ausgeleilt. Das stärkt Seele und Leib. Dann drauf und dran!“

„Du darfst hinten, hast du niemand, dem du ein Lebenszeichen schuldig bist? Aber fasse dich kurz, das Schreibpapier geht zu Ende und unsere Wartezeit auch, es sagt.“

Der also Angeredete steht auf und tritt an den improvisierten Schreibtisch:

„Ich habe unendlich viel mehr Menschen zu schreiben als ihr. In allen Ländern der Erde wohnen meine Angehörigen, in jedem Hause, unter jedem Felde, aber ich brauche zu meiner Postkarte nur den Raum, den vier kurze Worte benötigen.“

Die Soldaten drängten sich herbei

In eine Wade am Arm tauchte er die Feder und schrieb mit festen Jügen die Worte:

Wir sind alle Brüder!

Zur selben Sekunde erwachte die Hölle. Hunderttausend Leinwand gellen. Brüllen, Krachen und Toben erhebt sich allerorten, als ob die Erde bersten wollte. Feuer fällt vom Himmel und frisst die Erde, und aus der Erde schießen Flammen in die Höhe. Keine Krume bleibt bei der anderen. In Rebellenschwaden stürzt sich überdies der giftige Tod auf alles, was Oben hat. Kein Herz schlägt mehr mehr. Mitten im rasenden Untergang liegt zwischen zehntausend Toten ein, dessen erstarrte Hand auf der Brust einen Streifen Papier wie einen Talisman festhält. In blasser Schrift sind die Worte zu lesen: Wir sind alle... den Rest hat die Granate abgerissen oder das Feuer verbrannt.

Nahrungsmittel-Industrie

Wandlungen im Produktionsprozess der Blindindustrie.

Die deutsche Blindindustrie gehört zu den Industriezweigen, die mit ihrer Produktion den Vorkriegsstand wesentlich überschritten haben. Im Jahre 1913 wurden von ihr rund 17 Millionen Doppelzentner Saaten verarbeitet, im Jahre 1928 dagegen 24,5 Millionen Doppelzentner. Schon diese Zahlen zeigen, daß die Blindindustrie bei ihrer Rohstoffverarbeitung einen riesigen Schritt vorwärts getan hat. Das ist um so höher einzuschätzen, als die Blindindustrie mit ihrer Produktionszahl während des Krieges auf ziemlich ein Drittel der Vorkriegsproduktion herabgesunken war.

Es ist aber nicht nur eine starke Steigerung bei der Rohstoffverarbeitung eingetreten, sondern auch eine starke Wandlung bei der Verarbeitung kommenden Rohstoffarten. Wurden in der Vorkriegszeit in erster Linie Leinwand, Baumwollsaat, Palmkerne und Kopro verarbeitet, so steht heute die Sojabohne an erster Stelle. Ihr folgen an zweiter Stelle die Erdnüsse und erst dann kommen in weiterem Abstand Leinwand, Palmkerne und Kopro. Die Industrie hat also bei der Verarbeitung der Rohstoffe eine starke Umstellung durchgemacht. Die in der Vorkriegszeit verarbeiteten Rohstoffe hatten in erster Linie einen hohen Ölgehalt. Heute dagegen verarbeitet man in erster Linie Saaten mit geringerem Ölgehalt. Es könnte nun gefolgert werden, daß die erhebliche Mehrverarbeitung der Rohstoffmengen auch mehr Arbeitskräfte erfordert. Das trifft aber, soweit die Beschäftigtenzahl in Frage kommt, nicht zu. Im Gegenteil: in der eigentlichen Herstellungindustrie werden heute trotz der Bewältigung von bedeutend mehr Rohstoffen weniger Leute beschäftigt als früher.

Die Blindindustrie beschäftigte im Jahre 1913 rund 10 000 Arbeiter. Im Jahre 1928 sind in derselben rund 9600 Arbeiter beschäftigt. Trotz erheblicher Rohstoffmehrverarbeitung ist also ein Rückgang bei der Beschäftigtenzahl vorhanden. Dieser Rückgang ist aber noch größer, wenn man in Betracht zieht, daß die Blindindustrie ihre Produktion durch Ausbau der Raffinations- und Härtnungsanlagen bedeutend erweitert hat. Dies ist wiederum darauf zurückzuführen, daß heute mehr pflanzliche Öl- und Fette raffiniert, gehärtet und für Speisewecke verarbeitet werden als 1913. Es wird also mit einer geringeren Arbeiterzahl nicht nur ein weit höheres Quantum Rohstoffe verarbeitet, sondern der Veredelungsprozess ist gleichfalls weiter ausgebaut und auch diese Arbeit ist in den Rahmen der Produktion mit einbezogen.

Die Industrie hat sich technisch also sehr stark der Rohstoffwandlung angepaßt. Die heute sehr viel verarbeitete Sojabohne eignet sich z. B. infolge ihres geringen Ölgehaltes nicht auf für das Presseverfahren. Sie wird fast nur im Extraktionsverfahren verarbeitet. Da nun die Sojabohne an erster Stelle bei der Verarbeitung steht, ist das Extraktionsverfahren immer mehr an die Stelle des Presseverfahrens getreten. Im Extraktionsverfahren selbst ist aber nun in den letzten Jahren wiederum eine bedeutende Verbesserung eingetreten. Wurde die Sojabohne früher in feststehenden Apparaten extrahiert, die jeweilig gefüllt und entleert werden mußten, so ist anstelle dieser feststehenden Apparate ein großer Apparat mit wandernden Extraktionsbehältern getreten. Dieser Apparat, der mehrere Etagen hoch ist, ist so konstruiert, daß eine Transportkette mit Behältern dauernd den Apparat durchwandert; während dieser Durchwanderung wird durch Extrahieren das Öl aus der Sojabohne herausgeholt und am Ende des Apparates entleeren sich die Behälter automatisch, die sich am Eingang zum Apparat auch von selbst füllen. Diese neue Arbeitsmethode bedeutet natürlich eine erhebliche Ersparnis an Arbeitskräften. Mit der gleichen Arbeiterzahl kann hier das Mehrfache an Rohstoffen verarbeitet werden, wie nach dem alten Extraktionsverfahren. Ist es zunächst auch nur ein Betrieb, der in Deutschland diese Einrichtung hat, so dürfen andere Betriebe bald folgen, wenn sie konkurrenzfähig bleiben wollen. Nehmen wir die anderen technischen Neuerungen, die in den Betrieben eingeführt sind, dazu, dann begreifen wir, wie es möglich ist, daß so viel größere Rohstoffmengen als früher mit einer geringeren Arbeiterzahl verarbeitet werden können, und daß dabei auch die Produktion um etwa 20 Prozent größer ist als in der Vorkriegszeit.

Das kontinuierliche Extraktionsverfahren bringt nun aber noch eine Reihe weiterer Vorteile mit sich. Bei den ungeheuren Mengen von Sojabohnen, die jetzt in rund 8 1/2 Millionen Doppelzentner in Deutschland verarbeitet werden, entstehen Riesensamungen von Sojafschrot. In Ostafrika und in der Mandschurei, wo die Sojabohne wächst und wo sie noch in erster Linie im Presseverfahren verarbeitet wird, werden die Kuchen oder das Sojafschrot, fast nur als Düngemittel und nur in beschränktem Maße als Futtermittel verwandt. In Deutschland wird das Sojafschrot fast nur als Futtermittel gebraucht. Das nach dem alten Extraktionsverfahren abfallende Sojafschrot war aber als Viehfutter nicht besonders beliebt, da es reichlich Rückstände vom Extraktionsverfahren enthielt. Das im kontinuierlichen Extraktionsverfahren gewonnene Sojafschrot „Vita“ soll nun ein vorzügliches Viehfutter mit einem sehr hohen Eiweißgehalt ergeben. Es wird auch im Handel als ein gutes Viehfutter anerkannt, so daß diese technische Neuerung einen bedeutenden Fortschritt auf diesem Gebiete mit sich bringt.

In einer Reklameschrift über das „Vita-Schrot“ wird ferner gesagt, daß „Vita“ durch das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft auch zur Verwendung als Nahrungsmittel für Menschen freigegeben sei. Tatsächlich soll es auch schon als Nahrungsmittel in beschränktem Umfang Verwendung finden. Wir können also feststellen, daß Rückstände der Blindindustrie, die in dem Herkunftslande der Sojabohne zu einem großen Teile als Düngemittel verwendet werden, in Deutschland als hochwertiges Futtermittel, ja unter Umständen als Nahrungsmittel Verwendung finden können. Wenn diese Produktionsmethode, die einstweilen nur in der „Hanja-Mühle“ zu Hamburg betrieben wird, in

Deutschland im weiteren-Umfange eingeführt wird, dann ist das für die deutsche Volkswirtschaft, namentlich aber für die Viehfütterung, angesichts der Knappheit an Futtermitteln, von sehr großer Bedeutung.

Nach einem Aufsatz in der Zeitschrift „Die medizinische Welt“ vertritt Geheimrat Prof. Dr. Kubner (Berlin) die Auffassung, daß Roggenbrot mit einer Zusatzmenge von Sojafschrot „Vita“ bedeutend mehr Nährstoffe aufweist als Roggenbrot ohne diesen Zusatz. Es wird daher versuchsweise das sogenannte „Kubnerbrot“ gebacken. Es muß abgewartet werden, in welchem Umfange sich dieses Zusatzmittel für Brot einführt. Aus einem uns vorliegenden Rezept für Roggenbrot mit einem Zusatz von 15 Prozent Kubnermehl geht hervor, daß dieses Brot infolge des hohen Eiweißgehaltes, den das Kubnermehl enthält, wesentlich nahrhafter ist als Roggenbrot ohne diesen Zusatz.

Handelt es sich hier zunächst auch nur um Versuche, deren praktische Wirkung sich erst zeigen muß, so geht doch aus dem Gesagten hervor, daß in den „Abfallstoffen“ der deutschen Blindindustrie Werte schlummern, die bisher noch lange nicht restlos ausgenutzt worden sind. Durch das kontinuierliche Extraktionsverfahren ist auf diesem Gebiete ein weiterer

Manche Leute denken anders.

„Würde ich je vor die Wahl gestellt, entweder die Löhne zu drücken oder die Dividenden abzuschaffen, ich würde ohne zu zögern die Dividenden abschaffen. Allerdings ist diese Wahl nicht wahrscheinlich, denn wie bereits erwiesen, lassen sich durch niedrige Löhne keine Ersparnisse erzielen. Löhne zu reduzieren ist schlechte Finanzpolitik, da zugleich auch die Kaufkraft reduziert wird.“

Quelle: „Mein Leben und Werk.“

Schritt vorwärts getan. Es muß abgewartet werden, wie sich die Dinge praktisch weiter auswirken. Die deutsche Blindindustrie hat sich auch im letzten Jahre sehr gut entwickelt. Sie hat keinen Absatzmangel gehabt. Sie hat nicht nur den Inlandmarkt bedeutend weiter erobert, sondern auch den Auslandsmarkt bedeutend erweitern können. Gelingt es ihr, das Sojafschrot noch rationeller zu verwenden, wie das bislang geschehen ist, dann bedeutet das einen Erfolg, der in erster Linie auf einen technischen Fortschritt zurückzuführen ist und der die Rentabilität der Industrie bedeutend steigern kann.

Wir sind in Deutschland arm an eiweißhaltigen Nähr- und Futtermitteln und sind gezwungen, jährlich Millionen Mark an das Ausland für wichtige Nähr- und Futtermittel auszugeben. Würde es gelingen, aus der verhältnismäßig billigen Sojabohne neben dem Öl nicht nur ein gutes Futtermittel, sondern unter Umständen auch ein eiweißhaltiges Nahrungsmittel auf den Markt zu bringen, dann wäre dieser technische Fortschritt auch für die allgemeine Volkswirtschaft von erheblicher Bedeutung. Hoffen wir, daß es sich hier nicht nur um einen theoretischen Erfolg handelt, sondern um einen Erfolg, von dem die Allgemeinheit recht bald Nutzen hat.

E. Senkfeil.

Frauenfragen.

Konferenz der Frauen-Agitations-Kommission.

Am Sonntag, dem 14. April, tagte im Volkshaus zu Mannheim zum ersten Male die vom Gau 12 unseres Verbandes ins Leben gerufene Frauen-Agitations-Kommission, die sich aus Kolleginnen verschiedener Industrien und Zahlstellen zusammensetzt. Zu dieser Konferenz war auch die Kollegin Jammert aus Hannover erschienen, ferner Gauleiter Schreiber und Vertreter von Zahlstellen. Die Tagesordnung sah vor: 1. Vortrag der Kollegin Jammert. 2. Durchführung der Agitations- und Organisationsarbeit unter den Frauen (Referent: Gauleiter Schreiber). 3. Verschiedenes.

Die Kollegin Jammert führte aus, daß sie nicht die Absicht habe, einen theoretischen Vortrag zu halten, sondern sie wolle praktische Winke geben, wie die in der Industrie beschäftigten Frauen am besten der Organisation zugeführt werden können und insbesondere welche sie die Frage behandeln, warum wir die Frauen für den Verband gewinnen müssen.

Die hohe Zahl der in gewerblichen Betrieben arbeitenden Frauen im Gau 12 begründet die Notwendigkeit einer guten gewerkschaftlichen Organisation unter den Frauen. An vielen Beispielen zeigte die Referentin, daß der Ruf: „Mehr Mitarbeit der Frauen im Gewerkschaftsleben“ nicht von ungefähr erhoben wird, die Frauen müssen endlich daran gehen, die Rechte für sich in Anspruch zu nehmen, die ihnen von Gesetzes wegen zugesprochen sind. Es darf nicht mehr vorkommen, daß in Betrieben mit weiblichen Beschäftigten keine gesetzliche Vertretung der Frauen vorhanden ist oder daß nur Männer in die Betriebsvertretung gewählt werden. Durch ihre Zurückhaltung bei den Betriebsratswahlen erwecken die Kolleginnen den Anschein, als seien sie unfähig, ihre Interessen wahrzunehmen. In zahlreichen Fällen haben die Frauen den Nachweis erbracht, daß sie dazu ebenfals fähig sind, wie die Kollegen. Der Frau kommt besonders zugeute, daß sie sich besser in das Seelenleben ihrer Kolleginnen hineinzuwenden vermag. Der im Betriebsrat tätigen Kollegin ist es auch eher möglich, zu entscheiden, ob eine Kollegin körperliche oder seelische Hemmungen hat, ob sie aus gesundheitlichen Gründen einen anderen Arbeitsplatz benötigt usw. Ihre besondere Aufmerksamkeit erfordert auch die Akord- und Prämienfrage sowie die Arbeitszeit, der Urlaub und nicht zuletzt die Behandlung der Frauen durch Vorgesetzte.

Schon die Tatsache, daß die Frauenerwerbsarbeit sich aus dem Produktionsprozess nicht mehr ausschalten läßt und eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit darstellt, erweise die Notwendigkeit der Mitarbeit der Frauen an der Lösung aller Arbeiterinnenfragen. Zur Frage der Erwerbsarbeit verheirateter Frauen nahm Kollegin Jammert ebenfalls Stellung und unterstützte die von Gertrud Hanna beim Bundesvorstand eingebrachte Entschließung, in der unter anderem folgendes gesagt wird:

„Die verheirateten Frauen haben, wie jeder andere Staatsbürger, nach der Verfassung und nach dem in der Arbeiterbewegung geltenden Grundgesetz der Gleichberechtigung von Mann und Frau ein Recht auf Arbeit. Dieses grundsätzliche Recht darf besonders von den Mitglieberein der Gewerkschaften nicht angefaßt werden. Machen außerordentliche Kollegen außerordentliche Mittel zur Abwehr notwendig, so müssen diese sich im Rahmen gleicher grundsätzlicher Anwendung für beide Geschlechter halten.“

Einige andere sozialpolitische Fragen, die die Arbeiterinnen besonders betreffen, wurden von der Kollegin Jammert ebenfalls behandelt. Insbesondere ging die Referentin auf die Gesetze ein, die für den Arbeiterinnenschutz von Bedeutung sind und betonte, daß sich die Kolleginnen mit den gesetzlichen Bestimmungen vertraut machen müssen, damit sie auch in den Genuss der Vorteile gelangen können. Mit dem Wunsch, daß die Konferenz ihre Auswirkung nicht verfehlen möge, schloß die Kollegin Jammert ihre von den Konferenzteilnehmern mit Beifall entgegengenommenen Ausführungen.

Kollege Schreiber, der anschließend sein Referat erstattete, ging insbesondere auf die Entlohnung der Frauen vor und nach dem Krieg ein und kennzeichnete das Verhalten der Unternehmer bei den Lohnverhandlungen. Dann umriß er die Aufgaben der Frauen-Agitations-Kommission, die mit Unterstützung der Zahlstellenleitungen durchgeführt werden sollen.

Um segensreich für die Arbeiterinnen tätig sein zu können, ist in erster Linie erforderlich, daß in allen Betrieben, wo Arbeiterinnen beschäftigt sind, Vertrauenspersonen bestimmt werden. Diese haben Agitation unter den Frauen zu betreiben, denn nur mit Hilfe aus den Betrieben wird es gelingen, die noch fernstehenden Frauen für unsere Organisation zu gewinnen. Ferner ist es Aufgabe der Vertrauenspersonen, die Adressen solcher Kolleginnen zu sammeln, die im Betrieb für unsere Organisation nicht zu gewinnen sind. Durch Hausagitation, an der sich auch Kolleginnen beteiligen müssen, wollen wir dann die Kolleginnen zu überzeugen suchen.

Weiter müssen wir Material über gesundheitsübliche Arbeit der Jugendlichen und Frauen sammeln. Ferner müssen die Arbeiterschutzbestimmungen Beachtung finden; wo Übertretungen erfolgen, muß der Betriebsrat und die Organisationsleitung für Einhaltung der Vorschriften Sorge tragen.

Nach den beiden Referaten legte eine lebhaft, sachliche Diskussion ein, an der sich Kolleginnen aus allen Industrien beteiligten. Aus den Ausführungen aller Teilnehmerinnen konnte man entnehmen, daß sie mit den Referaten sehr zufrieden waren und alle verpflichteten sich, an dem Ausbau der Frauenabteilung unserer Organisation tatkräftig mitzuarbeiten. Ein Zurückbleiben hinter den Kollegen soll es in Zukunft nicht mehr geben. Die Frauen haben dieselben Pflichten in den Betrieben, sie werden auch für gleiche Rechte weiterkämpfen, besonders in solchen Betrieben, wo ihnen diese nicht freiwillig eingeräumt werden. Mit Recht verlangen die Frauen tatkräftige Unterstützung der Kollegen in den Betrieben.

Im Schlußwort beschäftigte sich die Kollegin Jammert mit der im Verband eingeführten Invalidenunterstützung und machte den Delegierten klar, daß diese Unterstützungseinrichtung auch für die Frauen von großer Bedeutung ist und daß viele Kolleginnen im Reich es begrüßen, daß diese Einrichtung geschaffen worden ist.

Zur 1. Vorsitzenden der Frauen-Agitations-Kommission wurde die Kollegin Gähler (Mannheim), zur 2. Vorsitzenden wurde die Kollegin Kofa Kirchner (Kudwigshafen), zur 1. Schriftführerin die Kollegin Lina Seher (Frankenthal), zur 2. Schriftführerin die Kollegin Fröhlich (Mannheim) bestimmt. Vertinger.

Heiratende Frauen mit und ohne Beruf.

Nach den „Berliner Wirtschaftsberichten“ waren in Berlin im Jahre 1927 von 40 937 heiratenden Frauen 31 696 oder 77,4 Prozent berufstätig. Hingegen waren 9241 oder 22,6 Prozent ohne Beruf aber hatten wenigstens keine Berufsaussage gemacht. Bei der Beurteilung dieser Zahlen ist zu berücksichtigen, daß wahrscheinlich manche Braut mehr oder weniger kurze Zeit vor der Eheschließung ihren Beruf aufgibt, die Zahl der heiratenden Frauen mit Beruf mithin noch größer ist. Unter den Frauen mit Beruf steht die Gruppe der in kaufmännischen Handels- oder Versicherungsbetrieben tätigen Angestellten mit 20,3 Prozent an der Spitze. Dann folgen mit 14,5 Prozent die in verschiedenen Berufen angehörigen Arbeiterinnen, Gehilfen und andere Hilfspersonen. Den dritten Platz nehmen die Hausangestellten mit 12,5 Prozent ein. — Man kann also annehmen, daß die übergroße Mehrzahl der heiratenden Frauen im Erwerbsleben steht. Daraus ergibt sich auch, daß viele Frauen, wenigstens in der ersten Zeit der Ehe, ihre Beschäftigung beibehalten.

Berichte aus den Zahlstellen.

Offenburg. Am Sonntag, dem 21. April, war unsere diesjährige Bezirkskollegiertenversammlung. Anwesend waren 38 Kolleginnen und 3 Kolleginnen. 2 Kolleginnen und 2 Kollegen fehlten unentschuldig. Zum Leiter der Konferenz wurde Kollege M a n n e r (Hornberg), zu seinem Stellvertreter Kollege Wilhelm K i r m a n n (Kehl) und zum Schriftführer Kollege G i e r i n g e r (Zell a. H.) gewählt. Zunächst gedachte der Geschäftsführer, Kollege Hege, der 14 verstorbenen Kolleginnen und Kollegen. Sodann erzielte der Vorsitzende dem Kollegen Hege das Wort zum Geschäfts- und Kassenbericht über das Jahr 1928. Kollege Hege gab ein Bild über den Stand der Bezirkszahlstelle und ihre Entwicklung im verfloffenen Jahr. Er stellte fest, daß der Wunsch, der auf der Bezirkskonferenz 1928 geäußert wurde, im kommenden Geschäftsjahr 2000 Mitglieder zu erreichen oder gar zu überschreiten, Wirklichkeit geworden ist. Bei einigermaßen tatkräftiger Mitarbeit könne noch mehr erreicht werden. Bei der Betrachtung der wirtschaftlichen Lage aller Industrien wies der Redner darauf hin, daß die Glasmacher (Handflaskenmacher) von Albern sowie die Porzellanarbeiter von Zell a. H. am stärksten unter den ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnissen zu leiden hatten. Rund 130 Glasmacher sind schon seit Dezember 1927 arbeitslos, ohne daß Aussicht auf baldige WiederEinstellung besteht. Die Mehrzahl der betroffenen Kollegen befindet sich in vorgerücktem Lebensalter, so daß kaum noch eine andere Arbeitsmöglichkeit vorhanden ist. Die Arbeiterschaft der Porzellanindustrie hatte ebenfalls mit viel Kurzarbeit zu rechnen. Geradezu kostlos liegen die Verhältnisse für die Arbeiterschaft des Rehtler Bezirks. Die Mehrzahl der Rehtler Betriebe kann ihre Arbeiter nur noch vorübergehend beschäftigen und somit ist der größte Teil der Arbeiter arbeitslos. Eine Besserung sei, solange Kehl zum besetzten Gebiet gehöre, nicht zu erwarten. Die Beschäftigung in der Papierindustrie war verhältnismäßig gut. Kollege Hege erläuterte sodann den schriftlich vorgelegten Kassenbericht, der in Einnahme und Ausgabe mit über 53 000 Mark bilanzierte. Allein an Krank- und Arbeitslose wurden im Berichtsjahr die Summe von zirka 14 000 Mark verausgabt; 200 Mark für Umzugsunterstützung, 1000 Mark Sterbegeld wurden an die Hinterbliebenen gewährt sowie ansehnliche Summen für Notlage, Streik- und Vermögensgegenstandsunterstützung gezahlt. Die Kasse hat einen Vermögensbestand von 6000 Mk. erreicht. Auch im verfloffenen Geschäftsjahr haben verschiedene Unternehmer versucht, unsere Funktionäre zu maßregeln. Die Bezirksleitung erreichte aber, die Betroffenen bald anderweitig unterzubringen. Mit einer Aufforderung an die Funktionäre, auch im laufenden Geschäftsjahr alles dem Ausbau der Bezirkszahlstelle zu widmen, schloß der Berichtsführer seine Ausführungen, die mit Beifall aufgenommen wurden. Im 3. Punkt der Tagesordnung referierte Herr G o s s e n s a l k vom Arbeitsamt Offenburg über das Thema: „Der Einzelkampf in der heutigen Wirtschaft.“ Die nahezu 1 1/2 stündigen Ausführungen standen auf einer hohen Stufe und wurden von den Delegierten mit größter Aufmerksamkeit entgegengenommen. Der Redner legte klar, was der Einzelkampf in der heutigen Wirtschaft noch bedeutet und warum der Arbeiter sehr oft noch Verbitterung und Mißfallen bei der Arbeit empfindet. Seine Ausführungen klangen dahin aus, daß mehr als bisher für die Berufsausbildung getan werden müsse. Es seien zwar schon merkliche Anfänge hierzu von den Unternehmern gemacht worden, die jedoch für die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft nur zu einem geringen Teil wertvoll werden könnten. Dabei wies der Redner auf die große Gefahr hin, die der Arbeiterschaft aus Einzelkämpfern mit

dem Dinka entziehen würden. Mit einigen aufklärenden Worten, wie die Eltern ihre Kinder auf die Berufswahl vorbereiten sollen, schloß der Redner seine mit reichem Beifall aufgenommenen Ausführungen. In der Diskussion beteiligten sich die Kollegen Bieringer (Zell a. S.), Grewlich (Oberkirch), Seubert (Albern) sowie Hege (Offenburg). In seinem Schlusswort ging Herr Ostfalk auf die Anfragen und die Ausführungen der Diskussionsredner ein. In der Diskussion über den Geschäfts- und Kassenbericht äußerten sich alle Redner in anerkennenden Worten. Ein Antrag des Kollegen Schinzel (Albern) als Revisor, dem Kollegen Hege Entlastung zu erteilen, fand einstimmige Annahme.

Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung.

Kein soziales Empfinden.

Um das Defizit im Staatshaushalt zu vermeiden, wurden bekanntlich vom Reichstag an Stelle von Steuererhöhungen Streichungen von einer Anzahl von Staatsausgaben vorgenommen. Auch einige Wohlfahrtsausgaben sind den Streichungen zum Opfer gefallen; so wurde zum Beispiel die für produktive Erwerbslosenfürsorge bewilligte Summe herabgesetzt. Im wesentlichen erfolgten jedoch die Streichungen auf Kosten anderer Staatsausgaben, wie des Wehr- und des Verkehrssektors. Mit dieser Regelung ist der Ministerialdirigend Dr. Kurt Wachsmann, der im Reichsfinanzministerium an leitender Stellung tätig ist, sehr unzufrieden. In seinem Aufsatz „Kritisches zum neuen Reichshaushaltsplan“ in der Zeitschrift „Der deutsche Volkswirt“ beklagt er sich darüber, daß die Streichungen die Gehälter, Löhne und auch die Wohlfahrtsausgaben unberührt lassen. Auch darüber ist er ungehalten, daß der Mehrertrag der Lohnsteuer über 1300 Millionen Mark hinaus künftighin der Invaliden- und Knappschaftsversicherung zugeführt werden soll. Nach Meinung des Ministerialdirigenden hat die Zuweisung von Staatsmitteln für den Unterhalt weiter Bevölkerungskreise die Verringerung von Staatsmitteln für werbende Zwecke, für Zwecke, die der Produktion zugute kommen“, die Aufträge verteilen und die Wirtschaft beleben, zur Folge. Die Ausmerzungen derartiger Ausgaben muß nach Dr. Wachsmann das sehr unerwünschte, aber unvermeidliche Ergebnis haben, daß die Sparaktion fast ausschließlich Beschäftigungsmöglichkeiten verringert, was auch mittelbar zur Steigerung der Fürsorgelasten beitragen muß. Herr Ministerialdirigend Wachsmann hofft dann von der Befestigung der Steuerfreiheit der öffentlichen Hand die Besserung der Lage der Staatsfinanzen, um aus den Steuern der öffentlichen Betriebe in Zukunft eine zusätzliche Deckung für die Staatsausgaben zu finden (?).

Es ist bedauerlich, daß der Herr Ministerialdirigend, der im Reichsfinanzministerium an leitender Stelle steht, so wenig Sinn für die sozialen Forderungen unserer Zeit bekennt. Doch versagt der Herr Ministerialdirigend auch als Volkswirtschaftler, wenn er die Belebung der Wirtschaft allein von solchen Staatsausgaben erwartet, die der Industrie unmittelbar Aufträge verschaffen. Die schwierige Lage der deutschen Textil-, Schuhindustrie usw. sowie des Einzelhandels, die infolge mangelnder Kaufkraft der Bevölkerung ihre Produkte nicht verkaufen können, könnte den Herrn Ministerialdirigenden darüber belehren, daß auch von der Seite der Verbraucher die Belebung der Wirtschaft erfolgen kann, ja unter Umständen gerade allein von dieser Seite her. Wenn der Staat durch Streichung von Aufträgen in der Luftschiffahrt auf die Belebung der Beschäftigung bei den Luftfahrzeugfabriken verzichtet, so führen gesteigerte Zuweisungen an die Sozialrentner zu vermehrten Aufträgen in anderen Industriezweigen, wie z. B. in der Bekleidungsindustrie, und zu vermehrtem Absatz in der Landwirtschaft.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Wir lehnen ab!

Die „Deutsche Werksgemeinschaft“, die Wochenzeitung der werksgemeinschaftlichen Arbeiterbewegung, bringt in ihrer Nr. 16 einen festgedruckten Artikel unter der noch fetteren Überschrift: „Wir lehnen ab!“ Darin beschäftigt sie sich mit den Reparationsverhandlungen in Paris und mit den Summen, die die ehemaligen Feinde von Deutschland verlangen. Niemand zahlt gerne solche Riesensummen, um so weniger, als es hier faktisch bis an die Grenze der Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft geht. Auch wir würden gern dem deutschen Volke die Zahlung dieser ungeheuren Summen ersparen. Interessant ist aber die Begründung, mit der die „Deutsche Werksgemeinschaft“ die Zahlung der Tribute ablehnt. Es heißt in dem Artikel wörtlich u. a.:

Wir nicht der Sozialdemokratie und dem Bolschewismus nachstrebenden Arbeiter lehnen die Zahlung der Milliardentribute ab. Wir müssen uns gegenwärtig den sozialistischen Machtkräften fügen, aber wir kämpfen dafür, uns von denselben zu befreien.

Wir nicht dem Sozialismus angehörenden Arbeiter sprechen es frei und offen aus, daß wir uns für die Machtkräfte der Sozialdemokratie und ihrer Burenkrateen- und Führerkast nicht verantwortlich fühlen.

Das ist der Feind, den es zu bekämpfen gilt. Das ist der Feind, der dem deutschen Volke die Lüge von der Kriegsschuld aufzuzwingen hat.

Das ist der Feind, gegen den sich die Millionen geknechteter deutscher Volksgenossen aller Stände zu richten haben.

Das ist der Feind der deutschen Arbeiterschaft, gegen den sich die Arbeiterschaft mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu wenden hat.

Das ist der Feind, der sich in Deutschland als der Fronvogel der französisch-englisch-amerikanischen Menschenhändler G. u. H. S. fühlt und deren Geschäfte besorgt.

Das ist doch offenbar, wenn man sich das richtig überlegt, also, die „Deutsche Werksgemeinschaft“ macht die Sozialdemokratie und damit auch die freien Gewerkschaften dafür verantwortlich, daß die ehemaligen Feinde jetzt solche riesigen Summen von Deutschland verlangen. Die deutschen Sozialisten sollen die Schuld an dem verlorenen Kriege haben und werden als die Feinde der deutschen Arbeiterschaft hingestellt, die wahrheitsgemäß bekämpft werden müssen. Man

fragt sich verwundert, wo denn die „Deutsche Werksgemeinschaft“ diese Kenntnisse erworben hat. Das alles erinnert doch sehr an die satfam bekannte Taktik: Haltet den Dieb! Zehn Jahre nach Kriegsende sollte doch jeder einigermaßen unterrichtete Mensch schon wissen, daß es das Erbe der Monarchie ist, das es jetzt zu liquidieren gilt, daß heute dem deutschen Volke die furchtbare Rechnung vorgelegt wird, die die Fehler der kaiserlichen Diplomatie und der monarchischen Herrschaft zur Grundlage hat. Wir bezweifeln sehr, daß diese Auseinandersetzungen in Paris nötig wären, wenn die deutsche Monarchie zehn Jahre vor dem Kriege einer demokratischen Republik Platz gemacht hätte. Es ist doch ein betrübender (für uns eine erfreuliche Tatsache) Beweis der geistlichen Armut, die in der werksgemeinschaftlichen Arbeiterbewegung zu verzeichnen ist, wenn diese ollen Kamellen immer wieder zu Waffen gegen die sozialistische Arbeiterbewegung benutzt werden. Es war nicht gut getan, der sozialistischen Arbeiterbewegung ihre internationale Politik vorzumerfen in einer Zeit, in der täglich neue internationale Verschlechtigungen von Handel und Industrie vollzogen und bekanntgemacht werden. Freilich, dem Profitstreben sind alle Mittel recht, nur der Arbeiter darf diese Mittel nicht anwenden. Wenn es sich um den Profit handelte, dürften deutsche Firmen auch Waffen und Material in feindliche Länder liefern, so daß der deutsche Arbeiter im Schützengraben vielleicht von einer französischen oder russischen Granate zertrüffelt würde, die er selber gedreht hatte, als er noch friedlich in seiner Werkstatt arbeitete. In diesem Zusammenhang sei eine Frage erlaubt: Wieso Bomben sind von feindlicher Seite auf das deutsche Hauptquartier und von deutschen Fliegern auf das feindliche abgeworfen worden?

Die „Unabhängigkeit“ der werksgemeinschaftlichen Bewegung wird durch den Kampfauftrag der „Deutschen Werksgemeinschaft“ wieder einmal glänzend bewiesen. Wir fürchten den angefügten Kampf nicht. Die deutschen Arbeiter wissen in ihrer überwiegenden Mehrheit, wo sie ihre Interessen nachdrücklich und erfolgreich vertreten finden. Auch diese „nationalen“ Phrasen werden sie nicht in das Lager der Werksgemeinschaften verlocken.

Wirtschaftliches.

Klassenkampf — aber nicht nur von den Gewerkschaften.

Das Jahr 1928 war ein Jahr des schroffsten Klassenkampfes von seiten der Unternehmer. Dies kommt besonders in den Zahlen der verlorenen Arbeitstage durch Aussperrungen zum Ausdruck. Nach einem Bericht des Reichsarbeitsministeriums war in den verfloßenen Jahren folgender Ausfall an Arbeitstagen durch Arbeitskämpfe zu verzeichnen:

	Streik	Aussperrung	Insgesamt
1924	13 198 470	22 663 111	35 861 581
1925	11 259 064	5 845 933	17 104 997
1926	891 606	513 269	1 404 875
1927	2 872 809	3 133 141	6 005 950
1928	3 332 383	7 118 095	10 450 478
	31 554 332	39 273 549	70 827 881

Im verfloßenen Jahre gingen rund 10 1/2 Millionen Arbeitstage infolge von Arbeitskämpfen verloren. Das ist eine gewaltige Steigerung gegenüber den letzten beiden Jahren. An Zahl der verlorenen Arbeitstage sind die beiden Jahre 1924 und 1925 noch verlustreicher. Nach der Stabilisierung handelte es sich darum, die äußerst niedrigen Löhne auf eine einigermaßen vertretbare Höhe zu bringen, und deshalb die große Zahl von Bewegungen mit Arbeitskämpfen. Die Zahl der verlorenen Arbeitstage durch Aussperrungen war im verfloßenen Jahre doppelt so hoch als die, die durch Streiks verursacht waren. Wir haben die gesamten Zahlen der Verluste an Arbeitstagen in dem Jahr fünf von 1924 bis 1928 zusammengezogen. Man muß dabei feststellen, daß auch in den fünf Jahren zusammengezogen die Zahl der verlorenen Arbeitstage durch Aussperrungen wesentlich höher war, als die durch Streiks. Das ist die Auswirkung des Klassenkampfes, wie ihn das Unternehmertum führt! Welche Werte sind durch ihn verloren gegangen. Aus den volkswirtschaftlichen Verlusten hätte die geforderte Lohnhöhung vielleicht jahrelang bezahlt werden können. Der Kampf in der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie hat einen Gesamtverlust von 5,7 Millionen Arbeitstagen verursacht.

Rationalisierung und Leistungssteigerung.

Im Rahmen der von der Reichsforschungsgesellschaft für Wirtschaftlichkeit im Bau- und Wohnungswesen veranstalteten Tagung „Wohnungswirtschaft und Wirtschaftlichkeit im Bauen“ sprach Prof. Jul. Hirsch über das Thema „Der Rationalisierungsgedanke in der Wirtschaft“. In diesem Vortrage machte der Redner über den Grad der Leistungssteigerung folgende Angaben: Die reale Leistung pro Kopf der Beschäftigten betrug in Amerika, wenn man 1899 gleich 100 setzt, im Jahre 1926 für die Landwirtschaft 146, für die Industrie im ganzen 301, für den Bergbau einschließlich Ölgewinnung 361. Auch in Deutschland sind seit der Stabilisierung bedeutende Leistungssteigerungen erzielt worden. So hat, wenn man 1913 gleich 100 setzt, die Leistung pro Kopf der Beschäftigten im Ruhrbergbau trotz Verkürzung der Arbeitszeit 124 erreicht, im Kaliberbau 162 und bei der Kraftfahrzeugherstellung 260. Im Bergbau ist die Leistungssteigerung je Kopf nicht sicher festzustellen. Hier ist die Verwendung der mechanischen Kraft noch sehr gering. Nach einer Berechnung kostet das Aufheben von Steinen, wenn es durch menschliche Arbeit erfolgen muß, für jede Pferdekraftstunde 240 Mark, während die latente Kraft der Kohle es für 0,25 und der Elektromotor für 0,15 Mark leistet. Wenn im Durchschnitt in Gewerbe und Industrie auf 100 Beschäftigte etwa 150 Pferdekraften entfallen, im Bergbau 500, so sind es im Bergbau nur erst 30. — Zweifellos steht die Rationalisierung im Bergbau erst bevor. Professor Hirsch sieht deshalb auch die größten Rationalisierungsmöglichkeiten der Zukunft in der Hauswirtschaft, dem Warenverkehr und dem Bergbau.

Was verdient der Handel an Persil?

In der Zeitschrift „Magazin der Wirtschaft“ werden die gewaltigen Gewinne, die der Handel bei dem Vertrieb von Markenartikeln erzielt, behandelt. Die Höhe dieser Gewinne wird treffend veranschaulicht an dem Beispiel des Waschmittels Persil. Für Persil beträgt der Mindestrabatt, den der Händler vom Lieferanten erhält, 20 Prozent. Persil ist ein Gegenstand des täglichen Bedarfs, der häufig umgeschlagen wird. Man kann wohl mit Recht, den einen zehnmaligen Umschlag im Jahre annehmen. Der Verkaufspreis beträgt für ein 1/2-Pfund-Paket 45 Pfennig, der Einkaufspreis 36 Pfennig. Bei einem zehnmaligen Umschlag und einem Gesamtabsatz von 1000 Paketen legt der Kaufmann ein Warenkapital von 36 Mark an. Er erzielt damit die folgende Verzinsung:

Verkaufspreis	450 Mk.
Einkaufspreis	360 Mk.
Bruttospinne	90 Mk.
12 Prozent Unkosten vom Umsatz	54 Mk.
Reingewinn	36 Mk.
Investiertes Kapital	36 Mk.

Jährliche Verzinsung: 100 Prozent.

Es gibt nun Markenartikel, bei denen der Händlerabatt nicht 20 Prozent, sondern viel höher ist. Die Rabatte betragen im ganzen oft bis zu 40 Prozent des Verkaufspreises, entsprechen also einem Aufschlage von 66 2/3 Prozent des Einkaufspreises.

Verbandsnachrichten.

Warnung vor einem Schwindler.

der angibt, Schwede zu sein und Wlad Lauvaerd zu heißen. In Schweden sei er wegen Verbandszugehörigkeit gemahregelt worden. Ein Mitgliedsbuch besitzt er nicht. Er verlangt von unseren Zahlstellenkassierern Reiseunterstützung unter Hinweis auf eine in schwedischer Sprache abgefasste „Reisekarte“, von der er auch eine deutsche Übersetzung mit sich führt.

Wir eruchen die Zahlstellenkassierer, bei denen er evtl. noch vorprechen sollte, an ihn keine Unterstützung auszugeben, die „Reisekarte“ nebst Abschrift einzubehalten und an das Bureau des Hauptvorstandes einzufenden.

Ausgeschlossen

wurden auf Grund des § 14 Ziffer 3a unseres Verbandsstatuts die Mitglieder der Zahlstelle Wittenberg: Paul Schröder, Buch-Nr. S II 391 976, Emma Lheiß, Buch-Nr. S II 743 830, Wilhelm Lehmann, Buch-Nr. S II 732 158, Walter Wenzel, Buch-Nr. 826 166, Hermann Kirschner, Buch-Nr. S II 454 178; die Mitglieder der Zahlstelle Bremen: Franz Nawrat, Buch-Nr. 883 588, Willi Dull, Buch-Nr. 886 344, Franz Piotrowski, Buch-Nr. 786 619, Alfred Thiem, Buch-Nr. 752 325, Rudolf Böfcher, Buch-Nr. 786 593, Wilhelm Brockmann, Buch-Nr. 767 472, Karl Schwiegershausen, Buch-Nr. 886 494, Heinrich Wagenfeld, Buch-Nr. 734 100, Doris Gehrmann, Buch-Nr. 826 352; das Mitglied der Zahlstelle Offenbach: Karl Euler, Buch-Nr. 147 772 und das Mitglied der Zahlstelle Brandenburg: Leo Lufa, Buch-Nr. S II 460 390.

Berichtigung.

In Nr. 17 des „Proletarier“ mag es unter Abrechnung der Hauptkasse: Sonstige Einnahmen 13 798,15, nicht wie angegeben 137 798,15, heißen.

Ausschreibung.

Wir suchen für sofort für die wieder zu errichtende Zahlstelle Neuwied

einen tüchtigen Geschäftsführer.

Kollegen, die sich um diesen Posten bewerben wollen, eruchen wir um Einreichung ihrer Bewerbung. Diese muß enthalten: Lebenslauf und Angaben über Tätigkeit in der Arbeiterbewegung. Ferner ist eine handschriftliche Arbeit über die Aufgaben eines Geschäftsführers in einer Bezirkszahlstelle einzufenden.

Die Bewerbungen sind sofort einzufenden an Gauleiter Hermann Wirth, Köln a. Rh., Secerinstraße 197/199. [6,50 Mk.]

Literarisches.

Dr. Erik Njöberg: „Durch die Insel der Kopffäger. Abenteuer im Innern von Borneo.“ (Mit 100 Abbildungen und 1 Karte. Gebestet 8 Mk., Ganzleinen 10 Mk.) Dieser Schriftsteller und Gelehrte steht den großen schwedischen Forschungsreisenden, den Nordenfjöld, Sven Hedin, Prinz Wilhelm von Schweden u. a., an darstellerischer Gabe und Unternehmungslust nicht nach. Im Ausland ist sein Ruf deshalb schon lange unbestritten, und man kann es nur begrüßen, wenn er jetzt auch in Deutschland durchdringt. Njöberg reist, dem alten nordischen Wandertrieb folgend, schon viele Jahre in der Welt umher. Er verwertet seine bunten Erlebnisse und reichen Erfahrungen nicht nur literarisch, sondern mit dem durchdringenden Blick des Wissenschaftlers und Gesellschaftskritikers gibt er eine nach jeder Richtung hin geschlossene Darstellung der von ihm besuchten Länder und Völker, ihrer Vergangenheit und Gegenwart. So kann der Leser den seltenen Genuß auskosten, daß ihm das ferne Borneo ganz nahe gebracht wird. Da bleibt auch kein Geheimnis unentdeckt. Er lernt die „Insel der Kopffäger“ wahrscheinlich sogar besser als der Eingeborene kennen, denn bei allem liebevollen Versenken hat sich der mit dem ganzen Rüstzeug des westlichen Geistes versehene Reisende auch den Blick für die Schwächen der Borneaner und ihrer andersfarbigen Herren bewahrt. Man bringt diesem betrunkenen Kenner, ehrlichen, unbefleckten Menschen und fesselnden Schilderer Vertrauen und Sympathie entgegen. Wenn einmal Preise für Reisewerke verteilt würden, wünschte man, daß dem Buch Erik Njöbergs, das im Verlage von F. A. Brockhaus, Leipzig G 1, Querstraße 16, erschienen ist, der erste zugesprochen würde.

Tariffähigkeit von Werkvereinen. Von Diplom-Volkswirt Hans Sperling. Sonderdruck aus der Zeitschrift „Arbeitsrecht und Schlichtung“. Das Schlichtungswesen. Verlag Stähle und Friedel. Stuttgart 1929. Preis 1,20 Mk.

Die Frage nach der Tariffähigkeit der Werkvereine beschäftigt in immer zunehmendem Maße die Öffentlichkeit. Die Diskussionen der Wissenschaft zu diesem Problem bewegen sich in den verschiedensten Bahnen ohne daß bisher eine grundsätzliche Untersuchung stattgefunden hätte. Dieser Mangel an Gründlichkeit hat die Zunahme der Summen, welche sich für die Tariffähigkeit der Werkvereine ansprechen, in erheblichem Maß gefördert und die herrschende Meinung in einer Weise beeinflusst, die sogar für die reichsgerichtsgerichtliche Rechtsprechung nicht ohne Wirkung geblieben ist. In diese bereits vorgeschrittene Entwicklung greift der Verfasser mit einer im Interesse der Einheitslichkeit der Rechtsprechung und Anwendung angelegten fleißigen Untersuchung ein. Das Problem wird in gänzlich unvoreingenommener Weise von der soziologischen, psychologischen und juristischen Seite her mit großem Verständnis für die Einzelheiten der Frage betrachtet. So gelangt der Verfasser nach übersichtlicher Zusammenstellung der gefundenen Gründe in durchaus überzeugender Weise zu verneinendem Ergebnis. Die Schrift ist bestens geeignet, die Frage nach der Tariffähigkeit der Werkvereine zu klären.

☉☉☉ Aus der Industrie ☉☉☉

Chemische Industrie

Der Autoreifenkrust ist fertig.

In Nr. 16 des „Proletariers“ berichteten wir über die Fusionsbestrebungen in der Gummiindustrie. Nach unserem damaligen Bericht stand die Continental-Caoutchouc- und Gutta-Percha-Compagnie in Hannover unmittelbar vor dem Abschluß einer Verschmelzung mit den Firmen Peters Union in Frankfurt und dem Titanwerk in Waltershausen.

Die Vertrustung ist inzwischen vollzogen worden. Die Continental hat somit, ähnlich wie sie es im Vorjahre mit den Erzfeld-Werken in Hannover vornahm, die beiden oben genannten Werke aufgekauft.

Die Verschmelzung wird so durchgeführt werden, daß die beiden in den Trust ausgenommenen Gesellschaften Peters Union und Titanwerk Aktien der Continental-Caoutchouc- und Gutta-Percha-Compagnie Hannover im Austausch erhalten, wozu die Continental-A.-G. eine Kapitalerhöhung nicht vornehmen wird. Sie wird vielmehr die Verschmelzung mit dem aus Amerika zurückgekauften Reserveraktienpaket finanzieren.

Nach der Verschmelzung beherrscht die Continental-Caoutchouc- und Gutta-Percha-Compagnie nunmehr über drei Viertel der gesamten deutschen Autoreifenproduktion und wird dadurch auf dem deutschen Autoreifenmarkt von ausschlaggebender Bedeutung sein. Die Konkurrenz der übrigen Ebenen Außenseiter wird ihr dabei kaum noch nennenswerte Schwierigkeiten bereiten können. Wie sich die Verbraucher in erster Linie die Automobilindustrie, diesem neuen Trust gegenüber einstellen, muß man abwarten. Sicherlich werden sie nicht mit den rosigsten Gefühlen diesen Zusammenschluß betrachten.

Hinzufügen wollen wir noch, daß es sich bei den Titanwerken und der Polack-A.-G. in Waltershausen, von denen in dem Artikel in Nr. 16 des „Proletariers“ die Rede war, nicht um zwei Betriebe, sondern um einen Betrieb handelt.

R. Segerer.

Dividenden und Geschäftsabschlüsse in der chemischen Industrie.

Vereinigte Glanzstofffabriken, A.-G., Elberfeld. 18 Proz. Dividende. In der Aufsichtsratsitzung wurde beschlossen, der auf den 7. oder 8. Mai nach Elberfeld einzuberufenden ordentlichen Hauptversammlung Abschreibungen in Höhe von rund 6,9 (4,7) Millionen Mark und die Ausschüttung einer Dividende von wieder 18 Prozent auf die Stammaktien vorzuschlagen. Für die 60 Millionen Mark alter Stammaktien gelangt die volle Dividende zur Ausschüttung, während auf die im Jahre 1928 neugeschaffenen 15 Millionen Mark Stammaktien, weil sie erst vom 1. Juli 1928 an die volle Dividendenberechtigung haben, nur die halbe Dividende entfällt. Die Arbeiter der Glanzstoffwerke waren froh, wenn sie auch nur in bescheidenem Maße an dem Segen der „unselbigen“ Aktionäre beteiligt wären.

Auch der **Mimosa-A.-G., Dresden** geht es nicht schlecht. Diese Firma ist in der für die Aktionäre günstigen Lage, eine Dividende in Höhe von 18 Prozent zu verteilen. Dabei weist der Bericht der Firma ein sehr erhebliches Beteiligungskonto auf. So konnte die Firma das Beteiligungskonto von 150 000 Mark, das unverändert geblieben ist, vermehren. Es wurden für 330 000 Mark nom. Aktien der Kotothol-A.-G. für graphische Industrie, Berlin, erworben (Kapital der Gesellschaft 1 Million Mark). Der Umstand, daß die Gesellschaft diese Neuerwerbung sofort abbuchen konnte, ist ein weiteres Zeichen der außerordentlichen Rentabilität der Mimosa. Außer der oben genannten Beteiligung an der Kotothol-A.-G. soll das Beteiligungskonto noch über 500 000 Mark nom. Aktien der E. A. Schwertfeger & Co., A.-G., Berlin (Kapital 2 Mill. Mark), enthalten. Dazu kommen nach Angaben in einem früheren Prospekt der Mimosa 183 000 Mark Beteiligung an der Trapp & Münch-A.-G., Friedberg (Kapital 280 000 Mark), und für rund 392 000 Mark der Unger & Hoffmann-A.-G., Dresden (Kapital 485 000 Mark). Jedenfalls im Ganzen betrachtet eine außerordentlich gute Geschäftsentwicklung.

Sacharinfabrik vorm Fabberg, List & Co., A.-G., Magdeburg. Die Hauptversammlung legte die Dividende auf 8 (10) Prozent fest. Die Geschäftslage und die Geschäftsaussichten sind gut. In den ersten drei Monaten des neuen Geschäftsjahres hat der Absatz unter der Kälte zu leiden gehabt, aber der Düngemittelverkauf hat sich inzwischen stark gehoben. Wie wir hören, hat sich der Geschäft in Schwefelsäure günstig entwickelt. Der Umsatz hat sich gegenüber dem Jahre 1928 um rund 20 Prozent erhöht. Das Unternehmen hofft auf eine günstige Entwicklung, falls nicht unvorhergesehene Ereignisse eintreten.

Gesellschaft für chemische Industrie in Basel. Das zur Interessengemeinschaft der Basler chemischen Industrie gehörende Unternehmen ist bekanntlich in der Lage, aus dem von 3,25 auf 3,66 Millionen Schweizer Frank angewachsenen Reingewinn die Ausschüttung einer von 15 auf 17 Prozent erhöhten Dividende auf das Aktienkapital von 20 Millionen Frank zu beantragen. Der Ertrag des Warenkontos sämtlicher Werke sowie der diversen Beteiligungen, der nach wie vor nur in einem einzigen Posten ausgewiesen wird, ist von 9,44 auf 10,58 Mill. Frank angeklungen.

Die Vereinigten Aluminiumwerke, A.-G., Lauterbach (Saar) sind in der Lage, 9 Prozent Dividende zu verteilen. Der Bruttogewinn aus dem abgelaufenen Geschäftsjahr beträgt 9,61 Mill. Mark. Handlungskosten und Zinsen forderten 1,53 Mill. Mark, Steuern 1,68 Mill. Mark. Nach reichlichen Abschreibungen ergibt sich einschließlich des Vortrages von 0,46 Mill. Mark ein Reingewinn von 4,61 Millionen Mark. Durch Beteiligung an der italienischen Aluminiumindustrie, durch Kapitalerhöhung der Berg-Selbe-Seckmann-A.-G. und den Erwerb einiger für die Kohstoffbasis der Gesellschaft wichtigen Bergwerksvorkommen sind die Beteiligungen stark gewachsen.

Frankfurter Albestwerke, A.-G., vorm. Louis Wertheim, Frankfurt a. Main-Riederrad. 8 Prozent Dividende.

Die Gesellschaft erzielte in dem am 31. Dezember beendeten Geschäftsjahr 1928 einen Bruttogewinn von 0,75 (0,63) Millionen Mark. Abgaben erforderten 0,45 (0,42) Millionen Mark, Steuern und Abgaben 0,16 (0,08) Millionen Mark. Nach Abschreibungen von 51 546 (27 675) Mark ergibt sich einschließlich des vorjährigen Gewinnvortrages von 73 753 (35 102) Mark ein Reingewinn von 0,16 (0,13) Millionen Mark, aus dem wieder 8 Prozent Dividende auf das 600 000 Mk. betragende Stammaktienkapital ausgeschüttet und 97 092 Mark auf neue Rechnung vorgetragen werden sollen.

Wie die Verwaltung berichtet, waren die Fabriken auch im abgelaufenen Geschäftsjahre gut beschäftigt, und die Umsätze konnten gegenüber dem Vorjahre etwas gesteigert werden. Das wichtigste Rohmaterial für die Produktion der Gesellschaft, Rohasbest, war weiter äußerst knapp. Es seien jedoch Anzeichen vorhanden, die auf eine bevorstehende Erleichterung des Marktes schließen lassen. Im laufenden Geschäftsjahre habe die Beschäftigung entsprechend der allgemeinen Konjunktur etwas nachgelassen.

Diese Geschäftsabschlüsse, die beliebig vermehrt werden könnten, zeigen, daß zwischen den veröffentlichten Geschäftsberichten der Unternehmungen und dem von den Industriellen gepredigten Untergang unserer Wirtschaft noch ein weites Spielraum besteht. Wo trotz der angeblichen unerträglichen Belastung durch Löhne und Sozialabgaben noch solche Rentabilität der Betriebe zu verzeichnen ist, wird es schwer fallen, die Arbeiterschaft an der Forderung ihres Anteils am Ertrag ihrer Arbeit zu hindern.

Neugründungen in der amerikanischen Kunstseideindustrie.

Das Westrennen in der Kunstseideindustrie scheint, trotzdem einige Großindustrielle vor kurzer Zeit den warnenden Finger erhoben und auf die Gefahr einer Katastrophe hingewiesen haben, noch lange nicht zu Ende zu sein.

Die Rentabilität und die Gewinne in der Kunstseideindustrie reizen im großen Umfange zur Anlage weiterer Kapitalien in dieser Industrie. Neuanlagen werden in Europa, aber auch in Ländern der Ihersee errichtet. Es ist ein großes Jagen und Eilen, das die Industriellen der einzelnen Länder ergreift, um von dem großen Segen der Kunstseide-Hochkonjunktur einen möglichst großen Teil für sich zu sichern.

So kommt aus Amerika die Nachricht, daß die American-Glanzstoff-Corporation mit der Errichtung einer zweiten Fabrikanlage, die mit den modernsten Mitteln der Technik ausgerüstet sein wird, in Johnson-City begonnen hat.

Die Errichtung dieses Betriebes erfordert ungefähr 30 Millionen Rentenmark. Welche Gewinne muß die Firma erzielen, um die Anlage solcher Riesenkapitalien zu verzinsen?

R. S.



Einigung in der italienischen Kunstseideindustrie.

Unter dem Drucke der internationalen Konkurrenz in der Kunstseideindustrie ist die Preisunterbietung der italienischen Kunstseideerzeuger nunmehr endgültig zum Erliegen gekommen. Die italienische Kunstseideindustrie hatte den Anlaß zu den großen Auseinandersetzungen in der internationalen Kunstseideindustrie gegeben. Durch ihre sehr stark gesteigerte Produktion minderwertiger Kunstseidegarne war sie in der Lage, diese Waren zu Preisen auszuführen, die weit unter den Preisen des Auslandes lagen.

Es kam unter dem Einfluß dieser billigen italienischen Ausfuhr zu Auseinandersetzungen, die die internationalen Preisvereinbarungen für Kunstseide strengten und einen Kampf der finanziell und technisch starken Betriebe gegen die schwächeren entzettelte. Dabei waren die Betriebe, die technisch bessere Fabrikate lieferten, darum im Vorteil gegenüber den Kleinbetrieben, weil auf dem Kunstseidemarkt die Nachfrage nach qualitativ hochwertigen Produkten dauernd im Wachsen ist, während für mittlere und darunter liegende Qualitäten der Markt schon ziemlich gesättigt ist.

Die gemeinsame Konkurrenz des Auslandes hat die italienische Kunstseideindustrie sehr schwer betroffen. Als Beweis dafür darf gelten, daß keine einzige italienische Kunstseidefabrik für das Jahr 1928 eine Dividende erzielt hat. Unter dem Druck dieser nüchternen Tatsachen haben sich die italienischen Kunstseideerzeuger nunmehr geeinigt. Eine neue Kunstseidekonvention (Preisvereinbarung) ist am 6. April d. J. abgeschlossen worden. An der Konvention beteiligt sind die Snia Viscosa, die Soie de Chatillon, die Societa Generale Italiana della Viscosa und die Varedo. Die in der Konvention zusammengeschlossenen Gesellschaften kontrollieren 90 Prozent der italienischen Kunstseideerzeugung. Das Abkommen bezieht sich auf Regelung der Produktion der Viscosefäden sowie Standardisierung der Qualitäten. Das Abkommen legt auch das Produktionskontingent der einzelnen Gesellschaften fest. Der Soie de Chatillon wurden 25 Prozent der italienischen Kunstseideerzeugung zuerkannt. Damit ist im allgemeinen der Frieden in der Kunstseideindustrie wieder hergestellt und auf Grund dieser nationalen Einigung wird die Kunstseideindustrie Italiens mit der des Auslandes wieder gemeinsame Vereinbarungen erzielen.

Hierdurch ist wiederum ein lehrreiches Kapitel für die sogenannte Freiheit der Wirtschaft gegeben. Der Kapitalismus duldet in seinen Reihen keine Außenseiter, wenn es gilt, den Profit zu schützen. Er führt nicht nur arbeitsarmungslos seinen Kampf gegen die Arbeiterschaft, sondern weiß sich auch mit jedem Mittel gegen die Außenseiter seiner eigenen Gesellschaftsklasse zu schützen. Wenn Arbeiter zu solchen Mitteln greifen, heißt das in der Sprache der Unternehmer Terror und Vergewaltigung. Untereinander angewandt aber sind es im Sprachgebrauch der Unternehmer wirtschaftliche Maßnahmen eines sogenannten (gesunden) Selbsterhaltungstriebes der Wirtschaft.

R. S.

bierte der Leerfarbenproduktion. Im Kriege haben alle Staaten mit allen Mitteln daran gearbeitet, dieses Monopol der deutschen Industrie zu untergraben. In England, Frankreich und Nordamerika entstanden riesige Werke zur Erzeugung von chemischen Produkten. Dadurch sah sich die deutsche Industrie einer veränderten Stellung gegenüber. Das führte zu dem Versuch, internationale Abkommen zu treffen. Mit den beiden größten Unternehmungen Frankreichs kam es Ende 1927 zu einer Vereinbarung. Jetzt ist diese verlängert und durch den Beitritt der Schweiz erweitert worden. Die Industrien dieser drei Länder haben sich über den Absatz und über die Kontingentierung der Produktion verständigt. Auch die Preisgestaltung soll eine gemeinsame Regelung erfahren. Als einziger Außenseiter von Bedeutung kommt England in Frage. Die Verständigungsversuche mit England sind bisher gescheitert. — Zu gleicher Zeit wird von der J.-G. Farbenindustrie bekanntgegeben, daß mit der Standard Oil Co. eine engere Interessengemeinschaft zustande kam. Beide Konzerne haben ein gemeinsames Arbeitsprogramm auf dem Gebiete der Hydrierung zwecks Herstellung von synthem Benzin vereinbart. Die J.-G. Farbenindustrie wird in Kürze eine amerikanische Finanzgesellschaft errichten.

Der Kaliabsatz

In den ersten drei Monaten des Jahres 1929 beträgt 5 424 686 Doppelzentner Reinkali gegen 5 719 205 Doppelzentner im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Es ist also eine Verminderung von 294 519 Doppelzentner = 5,14 Prozent eingetreten. Die starke Frostperiode hat den Absatz nicht wesentlich beeinflusst. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, wird der geringe Minderabsatz in den nächsten Wochen wieder eingeholt. Der Landbund hat zwar vom 1. Mai 1929 an unter anderem auch zur „Enthaltung vom Kauf“ sämtlicher Düngemittel aufgerufen, also einen regelrechten Käuferstreik proklamiert, doch dürften bis dahin die notwendigen Düngemittel zur Kopfdüngung für die diesjährige Ernte bereits eingekauft sein.

Papier-Industrie

Wer fördert die Rationalisierung?

„Rationalisierung, angewendet auf die Industrie, bedeutet einen planmäßig durchdachten Ausbau der Herstellungsmethoden; der bei Anwendung möglichst geringer Mittel an Kapital und Arbeit einen möglichst großen Erfolg verspricht. Dieses Ziel wird stets mit der Befreiung der Unternehmungen von Schlacken in Kapital und Arbeit und mit der Ausschaltung unwirtschaftlich arbeitender Betriebe verbunden sein und kann nur mit Hilfe weitgehender Vervollkommnung der Technik erreicht werden. Angesichts des sich immer mehr verschärfenden Wettbewerbs auf allen Gebieten heißt es nämlich, möglichst billig und gut fabrizieren.“ Mit diesen Sätzen kennzeichnet Dr. Fritz Runkel Zweck und Ziel der Rationalisierung in der Nr. 171 des „Industrieschußes“, dem Verbandsorgan des Deutschen Industrieschutzverbandes.

Wir haben schon einmal darauf hingewiesen, daß bei den diesjährigen Lohnverhandlungen in der Papiererzeugungs-Industrie von den Unternehmern versucht wurde, die Schuld an der Rationalisierung und ihren Folgen den Gewerkschaften und ihrer Lohnpolitik in die Schuhe zu schieben. Für die Papiererzeugungs-Industrie ist mindestens ein derartiger Vorwurf unangebracht, da die technische Ausgestaltung — oder um mit Ford zu reden, die Bandarbeit — der Betriebe lange Jahre vor dem Kriege einsetzte, als man das Schlagwort Rationalisierung in Deutschland noch nicht kannte. Bereits in der Nr. 6 der „Papierzeitung“, Jahrgang 1914, schrieb ein Papierfabrikant seinen Kollegen folgende Zeilen ins Stammbuch: „Wir werden wieder lernen, daß über das Erzeugen das Verdienen gehen muß, wenn die Arbeit, wie es sich gehört, ein Segen für alle sein soll, daß es widersinnig und unter Umständen unfittlich ist, Waren zu erzeugen, die nicht verlangt werden, nur um Maschinen und Menschen von Montag früh bis Sonntag früh, jahraus, jahrein, abzuheizen.“ Ein anderer Unternehmer aber kennzeichnete zur damaligen Zeit diese Heßarbeit mit den Worten, er sehe bereits Maschinenführer und Gehilfen beritten gemacht.

Diese beiden Äußerungen aus Unternehmermunde dürften genügen, um zu zeigen, daß die Rationalisierung in der Papiererzeugungs-Industrie keine Nachkriegserrscheinung darstellt.

Der bereits erwähnte Dr. Runkel zeigt uns aber auch, wer in Deutschland die Rationalisierungsmaßnahmen planmäßig betreibt, indem er schreibt: „Was Deutschland angeht, so hat sich hier eine Anzahl von Körperschaften die Rationalisierung im deutschen Gewerbe zur Aufgabe gemacht. Es seien genannt: Der Deutsche Normenausschuß, ferner Der Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit, das eine Beteiligung des Deutschen Reiches an der Unterstützung der Rationalisierungsbestrebungen vertritt, weiterhin Der Reichsausschuß für Arbeitszeitermittlung, der die Grundlagen für die Stückzeitrechnung ausarbeitet und die Abhaltung von Lehrgängen für Stückzeitrechner veranstaltet; ferner Der Ausschuß für wirtschaftliche Fertigung zum Studium des Erfolges des Fertigungsorganges, schließlich Die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Betriebsingenieure, die sich mit der Herausarbeitung wirtschaftlicher Verfahren in der industriellen Erzeugung dadurch befaßt, daß sie einen Erfahrungsaustausch der Fachgenossen erleichtert.“

Man sollte annehmen, daß diese Tatsachen auch den Arbeitgevertretern der Papiererzeugungs-Industrie zur Genüge bekannt sind. Es ist deshalb ein starkes Stück, wenn man trotz alledem magt, die Gewerkschaften für die Rationalisierungsmaßnahmen verantwortlich zu machen, nur weil diese nicht bei jeder Gelegenheit gegen den Rationalisierungsseifer einzelner Unternehmergruppen protestieren, sondern die Rationalisierung als eine zwangsläufige Erscheinung in der industriellen Weltproduktion ansehen.

Aus dem zu Anfang dieses Artikels angeführten Zitat von Dr. Runkel ergibt sich klar und deutlich, daß die Ratio-

Die Chemie-Internationale.

Vor dem Kriege hatte die chemische Großindustrie in Deutschland eine fast konkurrenzlose Stellung auf dem Ge-

nalisierung ein Zugrundegehen unwirtschaftlich arbeitender Betriebe zur Folge hat. Die an den Lohnverhandlungen teilnehmenden Unternehmer der Papiererzeugungs-Industrie halten sich aber für berechtigt, in unbeweisbarer Art und Weise auch hierfür die Gewerkschaften verantwortlich zu machen. Wer in Wirklichkeit die kleineren leistungsunfähigen und technisch zurückgebliebenen Betriebe zugrunde richtet, das ergibt sich aus einem Artikel von Direktor Reifegerste unter der Überschrift: "Massenfabrikation in Feinpapierfabriken" in der Nr. 15 des "Wochenblattes für Papierfabrikation", Jahrgang 1929. R. schreibt da u. a.: Während früher zur Herstellung von Feinpapieren schmale, langsam laufende Maschinen mit Tagesproduktionen von 1000 bis 2500 Kilogramm benutzt wurden, arbeitet man jetzt vereinzelt mit Maschinen von über 4 Meter Breite und erzielt Tagesproduktionen von etwa 40 000 Kilogramm. Ich kann mich an eine Fabrik erinnern, in welcher 5 Papiermaschinen liefen und wo diejenigen Maschinenführer, die an den schnellaufenden Maschinen mit Geschwindigkeiten bis zu 90 Meter in der Minute (Rotationsdruck vor mehr als 20 Jahren) arbeiteten, von den Feinpapiermaschinenführern nicht als voll angesehen wurden. Heute ist dies allerdings ganz anders und vielfach ist gerade das Gegenteil der Fall."

Über den Eindruck, den eine so schnellaufende moderne Schreibpapiermaschine im ersten Moment hervorruft, schreibt Direktor R. in seinem Artikel weiter: "Wie interessant und imponant wirkt der Papiermaschinenraum für den Feinpapiermacher, wo holzfreies Schreib- und Druckpapier auf so großen und breiten Papiermaschinen hergestellt wird, wie z. B. vor kurzem eine solche in der Papierfabrik Hohenkrug der Feldmühle-U. G. in Betrieb kam. Im Moment des Betriebes vermutet man eine Zeitungsdruckmaschine vor sich zu haben. Wie überrascht ist man jedoch, wenn man das Erzeugnis mit der schönen, gleichmäßigen Durchsicht und der eleganten Oberfläche betrachtet."

Hier wird also von einem Fachmann der Feinpapierindustrie mit aller Deutlichkeit festgestellt, worin die Ursachen der Rationalisierung und die Vernichtung der technisch rückständigen Betriebe in der Feinpapierindustrie liegt. Wie in der Feinpapierindustrie, so liegen die Verhältnisse aber auch in den übrigen Zweigen der Papierfabrikation. Die bei den Lohnverhandlungen sitzenden Arbeitgebervertreter würden darum klüger tun, diese Tatsachen anzuerkennen, anstatt ihre soziale und zum Teil auch technische Rückständigkeit mit unangebrachten Vorwürfen gegen die Gewerkschaften zu bemängeln.

Nachdem aber die technischen Verhältnisse in der deutschen Papiererzeugungs-Industrie sich einmal so gestaltet haben, und die Rationalisierung der einzelnen Betriebe unabwendbar ist, sollten die deutschen Papiererzeugungs-Industriellen endlich einsehen, daß die deutschen Papierarbeiter sich in ihrem vollen Rechte befinden, wenn sie für die durch die Rationalisierung herbeigeführte Leistungssteigerung einen Ausgleich in angemessenen Lohn erhöhungen fordern. G. Stähler.

Zwischenhandelsgewinne.

Wiederholt haben wir bei Lohnverhandlungen und anderen Gelegenheiten darauf hingewiesen, daß der deutsche Handel ganz unbedeutend hohe Zwischenhandelsgewinne einnimmt und in diesem Profitstreben von den Fabrikantenorganisationen bestärkt wird. Ein recht drastisches Beispiel zu dieser Frage bringt Max Sellmann, der Redakteur und Verleger seiner Fachzeitschrift "Die Papeten" in Nr. 7, 1929, derselben unter der Überschrift: "Die gesunde Kalkulation im Papetenhandel". Sellmann führt daselbst Beispiele aus normaler Kalkulation wie folgt an:

Fabrik-Balkenpreis	Händler-Ladenpreis	Händler-Agentenpreis	Steigerung vom Fabrik-zum Agentenpreis in Prozent
Rollenpreis in Reichspfennig			
18	22	25	38,7
28	45	60	114,3
40	75	100	150,0
75	150	200	166,7
150	300	400	166,7

Die prozentuale Steigerung wurde von uns in die Tabelle eingefügt. Bei einer solchen Verrechnung der Fabrikpreise durch Händlergewinne ist es kein Wunder, wenn in Deutschland die Preise nicht abgebaut werden. Dabei ist dieses Beispiel aus der Papetenindustrie kein Einzelfall. In fast allen übrigen Branchen sind derartige Preissteigerungen durch Händlergewinne mit Zustimmung oder stillschweigender Erlaubnis der Fabrikanten an der Tagesordnung. Gemeinjam aber schimpfen diese Herrschaften über die Preissteigerung der Arbeiter, über deren "hohe Löhne" und über die unerschütterlichen Lohnforderungen. Sie vergessen dabei, daß der Lohn mit Steinen auf andere werfen soll, der selbst im Glasbläser G. Stähler z.

Niederschrift

Über die Sitzung des Tarifamts der Deutschen Papier-, Pappe-, Zellstoff- und Holzstoffindustrie am 13. April 1929 zu Charlottenburg. Anwesend sind:
 1. als Arbeitgebervertreter die Herren: Dr. Leopold, Diamant, Wigarkow;
 2. als Arbeitnehmervertreter die Herren: Frankenberg, Graf, R. Stähler.
 Vorsitz: Herr Diamant.
 Schriftführer: Herr Graf.

I. Antrag auf Lohnregelung für die Gruppe Baden

Für die Arbeitgeberseite erscheinen die Herren Jehrbach und Grotz, für die Arbeitnehmerseite die Herren Wörner, Schreiber, Ammann, Schrödinger.
 Die Parteien sind mit der Befolgung des Tarifamts 3:3 einverstanden.
 Es wird zur Sache verhandelt.
 Wegen Stimmgleichheit kann ein Spruch nicht zustande.

II. Antrag auf Lohnregelung für die Gruppe Westfalen-Lippe-Waldeck

Für die Arbeitgeberseite erscheinen die Herren Dr. Schumann und Moritz, für die Arbeitnehmerseite die Herren Wörner, Geiger, Ammann und Schrödinger.
 Die Parteien sind mit der Befolgung des Tarifamts 3:3 einverstanden.
 Es wird zur Sache verhandelt.
 Wegen Stimmgleichheit kommt ein Spruch nicht zustande.

III. Antrag auf Lohnregelung für die Gruppe Rheinpfalz

Für die Arbeitgeberseite erscheinen die Herren Hoffmann und Landmesser, für die Arbeitnehmerseite die Herren Schreiber und Ammann.
 Die Parteien sind mit der Befolgung des Tarifamts 3:3 einverstanden.
 Es wird zur Sache verhandelt.
 Ein Spruch kommt wegen Stimmgleichheit nicht zustande.

IV. Antrag auf Lohnregelung für die Gruppe Westfalen-Lippe-Waldeck

Für die Arbeitgeberseite erscheinen die Herren Dr. Perker, Dr. Goldsch, Dr. Hücker, Heßmer, Hülberg, Fischer, für die Arbeitnehmerseite die Herren Werlich, Scheinhardt, Reimann, Wüller, Krull.
 Die Parteien sind mit der Befolgung des Tarifamts 3:3 einverstanden.
 Es wird zur Sache verhandelt.
 Wegen Stimmgleichheit kam ein Spruch nicht zustande.

Der Komet und der Fixstern.

Platz, Vetter, Platz! So rief auf seiner krummen Bahn
 Ein härtiger Komet den Sirius einst an.
 Der Fixstern schwieg und blieb auf seinem Posten stehen.
 Der Vagabund schwieg auch und schnurrte links vorbei.
 Ihm gleicht der froche Tor; verachte sein Geschrei
 Und siehe fest; er wird dir aus dem Wege gehen.
 Gottlieb Konrad Pfeffel.

Verschiedene Industrien

Umsatzsteuerpflicht in der Hausindustrie.

II.

Im II. Abschnitt unserer Abhandlung wollen wir uns mit der Entscheidung des Finanzgerichts Rudolstadt vom September 1923 befassen, indem wir den Sachverhalt klarlegen, die Ermittlungen des Finanzgerichts sinngemäß und die grundsätzliche Entscheidung unterkürzt wiedergeben. Ein weiterer Abschnitt wird kritisch zur Entscheidung des Finanzgerichts Rudolstadt Stellung nehmen. Der Sachverhalt ist folgender:

Ein Christbaumschmuckmacher aus Lauscha hat Berufung gegen die Veranlagung zur Umsatzsteuer eingelegt. Bei seiner Eingabe stützt er sich auf den § 1 der Ausführungsbestimmungen zum Umsatzsteuergesetz, wonach ein Hausgewerbetreibender, soweit er nicht mehr als eine fremde Hilfskraft beschäftigt, umsatzsteuerfrei ist. Das Finanzamt Sonneberg hat gemäß Paragraph 251, Absatz 2, der Reichsabgabenordnung den Einspruch als unbegründet zurückgewiesen. Am 26. September 1923 hat sich das Finanzgericht bei dem Landesfinanzamt Thüringen in Rudolstadt dem Standpunkt des Finanzamtes Sonneberg angeschlossen. Bei Prüfung der Berufung stellt das Finanzgericht sinngemäß folgende Betrachtungen an:

Es handelt sich bei der Frage darum, ob der Steuerpflichtige als selbständiger Unternehmer im Sinne des § 1 UStG. oder als Hausgewerbetreibender, der für sich die Bestimmungen des § 1 der Ausführungsbestimmungen zum UStG. in Anspruch nehmen kann, anzusehen ist. Das Finanzamt betrachtet den Steuerpflichtigen als selbständigen Unternehmer und hat ihn deshalb zur Umsatzsteuer herangezogen. Der Steuerpflichtige dagegen nimmt für sich die den Hausgewerbetreibenden durch § 1 der Ausführungsbestimmungen zum UStG. gewährte Vergünstigung in Anspruch. Sein Einspruch beim Finanzamt Sonneberg ist erfolglos geblieben. Auch der Berufung gegen die Entscheidung des Finanzamtes Sonneberg war der Erfolg zu verfallen.

Die Hausgewerbetreibenden bilden wirtschaftlich eine Art Zwischenstufe zwischen den selbständigen Unternehmern im Sinne des § 1 UStG. und den lediglich außerhalb der Betriebsstätte des Unternehmers beschäftigten unselbständigen Arbeitern (Heimarbeiter). Letztere stehen einem Unternehmer im festen Arbeitsvertragsverhältnis gegenüber. Ihre Arbeiten leisten sie dabei im Rahmen des Gewerbebetriebes dieses Unternehmers. Im Gegensatz hierzu verpflichtet sich der Hausgewerbetreibende einem oder mehreren Auftraggebern gegenüber zu der vereinbarten Leistung, ist aber im übrigen in seinen Entschliessungen unbehindert.

Von dem selbständigen Unternehmer im Sinne des § 1 UStG. unterscheidet sich der Hausgewerbetreibende insofern, weil er mehr oder weniger wirtschaftlich von seinem Auftraggeber (Verleger) abhängig ist. Anschlaggebend für die Entscheidung des Finanzgerichtes waren diese sinngemäß wiedergegebenen Gesichtspunkte. Nachstehend lassen wir die grundsätzliche Entscheidung vom 26. September 1923 im Wortlaut folgen:

Die Glasbläser fertigen meist in der Zeit von Oktober bis Januar aus selbstbeschafftem Material ihre Muster an. Die Händler kommen zu ihrer Beschäftigung, vor allem in Zeiten der Hochkonjunktur, selbst zu den Glasbläsern oder diese legen die Muster dem für einen Lieferungsauftrag in Aussicht genommenen Händler vor. Wird ein Auftrag erteilt, so stellt der Händler einen Bestellzettel aus, in dem vor allem die vereinbarte Lieferzeit und der Preis enthalten sind. Die Preisbildung erfolgt unter Zugrundelegung des Tarifs, der nach dem zwischen dem Verband Thüringer Spielwaren-Interessenten, G. m. b. H., in Sonneberg und der Vereinigung der Christbaumschmuck- und Puppenaugenfabrikanten, e. G. m. b. H., Lauscha e. M. und Umgegend, in Lauscha abgeschlossenen Vertrag vom 15. September 1920 jeweils durch die Tarifkommission festgesetzt wird. Die erforderlichen Rechnungserfordernisse beschafft sich der Glasbläser selbst und fertigt daraus in eigener Werkstatt und unter Zuhilfenahme eigener Betriebsmittel seine Erzeugnisse. Nach Fertigstellung der Waren stellt er dem Händler eine Rechnung darüber aus. Teilweise geschieht dies auch - vor allem wenn er sich zur Überbringung und Anlieferung der Waren eines Unternehmers (Hoflieferant) bedient - in der Form, daß der Rechnungsbetrag in ein dem Händler zur Befristung vorzulegendes Lieferbuch eingetragen wird. Wird die Befristung seitens des Händlers rückständig ge-

macht, so muß der Glasbläser versuchen, die Ware anderweit anzubringen. Wenn sich auch in vielen Fällen feste Geschäftsbeziehungen zwischen Glasbläsern und Händler herausgebildet haben, beruht, daß der Käufer ausschließlich oder vorzugsweise die gleichen Abnehmer beliefert, so besteht doch keine Verpflichtung und rechtliche Bindung in Hinsicht dieser begründeten vertraglichen Abmachungen mit dem einzelnen Abnehmer. Vielmehr kann an sich jeder Glasbläser Waren ohne besondere Bestellung auf Vorrat anfertigen, daß sie ferner auch unmittelbar an Verbraucher und Hausierer verkaufen, so daß sich daraus für eine große Zahl Glasbläser ein eigener Weihnachtsvertrieb herausgebildet hat. Eine Einschränkung in dieser Beziehung besteht für die Mitglieder der Vereinigung der Christbaumschmuck- und Puppenaugenfabrikanten, e. G. m. b. H., Lauscha e. M. und Umgegend, nach § 2 des oben bezeichneten Vertrages vom 15. September 1920 soll die Vereinigung ihre Mitglieder verpflichten, den Tarif einzuhalten und nur an Mitglieder des Verbandes Thüringer Spielwaren-Interessenten, G. m. b. H., in Sonneberg zu liefern. Diese für die Mitglieder der Genossenschaft nach Maßgabe der von dieser getroffenen Vereinbarung bestehende Verpflichtung bedeutet jedoch lediglich eine Einschränkung des Kreises ihrer Abnehmer. Sie ist von der Genossenschaft mit dem Verbands der Thüringer Spielwaren-Interessenten zum gegenseitigen Schutz der wirtschaftlichen Belange der Mitglieder vereinbart worden und ändert nichts an der rechtlichen Selbständigkeit im Sinne des § 1 Nr. 1 UStG. auch für die der Genossenschaft angehörenden Glasbläser.

Auf Grund dieser Feststellungen steht außer Zweifel, daß die mit der Herstellung von Christbaumschmuck beschäftigten Glasbläser auf eigene Rechnung arbeiten und allein die geschäftliche Gefahr tragen. Gegenstand des zwischen ihnen und den Händlern abgeschlossenen Vertrages ist nicht wie beim Hausgewerbetreibenden die in Bearbeitung und Verarbeitung des Materials bestehende Leistung als solche, sondern eine Lieferung im engeren Sinne. Eine besondere wirtschaftliche Abhängigkeit vom Händler kann bei den Glasbläsern nicht oder doch zum mindesten nur in dem Umfang angenommen werden, wie sie eben bei jedem anderen Gewerbetreibenden in bezug auf seine ständigen oder einmaligen Abnehmer auch besteht. Die Glasbläser sind daher in wirtschaftlicher und steuerlicher Beziehung genau so zu beurteilen, wie die übrigen selbständigen Gewerbetreibenden im Sinne des § 1 Nr. 1 UStG. Daß der Steuerpflichtige hinsichtlich seiner wirtschaftlichen und geschäftlichen Verhältnisse aus dem für die Hersteller von Christbaumschmuck als Regel anzunehmenden Rahmen herausfällt, hat er selbst nicht behauptet. Unerheblich ist es auch, ob er nach der Entscheidung des für ihn zuständigen Versicherungsamtes der Krankenversicherungspflicht unterliegt oder nicht und ob er dafür allein die Beiträge zu entrichten hat oder ob sie von den Abnehmern seiner Erzeugnisse mitgetragen werden. Die Unterstellung unter die Krankenversicherungspflicht ist, wie auch der Reichsfinanzhof in seinem Urteil vom 6. Dezember 1922 V A 398/22 entschieden hat, kein entscheidendes Merkmal für die Beurteilung der steuerrechtlichen Selbständigkeit im Sinne des § 1 UStG. Der Berufungsbeklagter ist nicht als Hausgewerbetreibender, sondern als selbständiger Unternehmer gemäß § 1 UStG. anzusehen, so daß die in § 1 Ausf.-Best. vorgesehene Vergünstigung auf ihn keine Anwendung findet. - Die Berufung war daher als unbegründet zurückzuweisen."

Die Entscheidung des Finanzgerichts Rudolstadt läßt erkennen, daß die örtlichen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der Christbaumschmuckmacher keineswegs genügende Berücksichtigung gefunden haben. Die in die Entscheidung hineingelegten Begriffe treffen weder allgemein zu, noch können sie als ausschlaggebende Merkmale für einen Teil der Christbaumschmuckmacher gelten. Rund 75 Prozent aller Christbaumschmuckmacher arbeiten ohne jegliche fremde Hilfskraft. Damit fallen dieselben unter die gesetzlichen Bestimmungen des UStG. Hausarbeiter können aber nicht umsatzsteuerpflichtig sein. S. Effein.

Rundschau.

Sonderausstellung "Arbeitsfitt und Arbeitsfisch".

Die Deutsche Gesellschaft für Gewerbehygiene und das unter Leitung des Reichsarbeitsministeriums stehende Deutsche Arbeitsschutzmuseum veranstalten in Verbindung mit dem Ausschuss für wirtschaftliche Fertigung beim Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit vom 25. Mai bis 8. Juni d. J. im Deutschen Arbeitsschutz-Museum, Berlin-Charlottenburg, Fraunhoferstraße 11/12, eine Sonderausstellung "Arbeitsfitt und Arbeitsfisch". Die Ausstellung soll die Ergebnisse wissenschaftlicher Forschung und praktischer Beobachtungen über die richtige Körperhaltung am Arbeitstisch durch Modelle, figurliche und bildliche statistische Darstellungen veranschaulichen und Anregungen zu Verbesserungen geben. In Anerkennung der gesundheitlichen und wirtschaftlichen Bedeutung der Körperhaltung am Arbeitstisch hat der Reichsarbeitsminister die Räume und das Ausstellungsmaterial des Deutschen Arbeitsschutz-Museums für diese Ausstellung kostenlos zur Verfügung gestellt. Die Ausstellung wird zeigen: Zusammenstellungen der medizinischen und physiologischen Forschung über Arbeitshaltung und Ermüdung. - vergleichende Darstellungen der in den verschiedenen Industriezweigen angewandten Ausgestaltung des Arbeitsplatzes. - eine Zusammenstellung der Grundformen von Arbeitstischen. - Mittel zur Arbeitserleichterung und Verhütung vorzeitiger Ermüdung.

Um einen möglichst vollständigen Überblick über die bisher schon bewährten Einrichtungen geben zu können, ergeht an alle in Frage kommenden Kreise die Bitte, Anregungen und Unterlagen zur Verfügung zu stellen. Anfragen sind an die Geschäftsstelle der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene, Frankfurt a. M., Platz der Republik 49, zu richten.

Literarisches.

Arbeitsrecht. Die reichsrechtlichen Vorschriften über das Arbeitsverhältnis. Textausgabe mit Verweisungen und ausführlichem Sachregister, unter Mitwirkung von Dr. Georg Höniger, Rechtsanwalt und Notar in Frankfurt a. M., herausgegeben von Dr. Heinrich Höniger, Professor der Rechte in Freiburg i. Br. 13. Auflage, XXXII, 764 Seiten, Kl.-8°, in Leinen 9 Mk. J. Bensheimer, Mannheim, Berlin, Leipzig. Die neue, 13. Auflage der bekannten und führenden arbeitsrechtlichen Textausgabe von Höniger ist abgeschlossen nach dem Stand der Gesetzgebung vom Januar 1929. Völlig neu gestaltet ist der Teil über Arbeitsnachweis und Arbeitslosenversicherung, bei dem sich seit der 12. Auflage Ausführungsbestimmungen und sonstige Ausführungsbestimmungen völlig geändert haben. Gerade für dieses sich erst neu erhellende Rechtsgebiet gibt also die 13. Auflage eine auf den neuesten Stand gebrachte Sammlung der Rechtsquellen. Das ausführliche Sachregister ist mit besonderer Sorgfalt ausgearbeitet; die große Zahl der in ihm gegebenen Stichwörter erleichtert die Benutzung des Bandes ganz bedeutend. Die bewährte Zuverlässigkeit und Vollständigkeit zeichnet auch die neue Auflage wieder aus. Mit Recht ist daher die Hönigerische Sammlung in allen arbeitsrechtlichen Kreisen besonders beliebt und wird zur Klärung arbeitsrechtlicher Fragen immer mit bestem Erfolg benutzt.